WEHR

JÜDISCHES VOLKSBLATT

Einzelnummer Kč 2·–, Abonnement halbjährig Kč 45·– • Redaktion und Verwaltung: Prag I, Dlouhá 41, Telefon 62630

XXIX. JAHRGANG • NUMMER 30. • 25. TAMUS 5695 • 26. JULI 1935

Gefrorenes und etwas mehr

Der neue Polizeipräsident von Berlin — in der Polizeigeschichte seines Wirkungsortes kein homo novus: er hat doch vor einigen Jahren zu Rosch Haschanah seinen ersten Versuch unternommen, Berlin-West in Wildwest umzuwandeln — ließ mitten im Sommer einige Eisdielen schließen. War etwa das Gefrorene ungenießbar, hat sich die Hitler-Jugend daran den Magen verdorben? Dann hätte doch das Eingreifen eines kleinen Subalternen von der Marktpolizei genügt, Graf Helldorf wird wohl auch nicht jeden Betrunkenen Berlins eigenhändig arrestieren? Oder war es vielleicht zu gut? Zur Freude seiner zahlreichen Verzehrer und zum Aerger einiger arischer Eishändler?

Graf Helldorf hatte wahrscheinlich ganz andere Sorgen, als er die Volksseele nach Berlin-W dirigierte und sie ausgerechnet vor Eisgeschäften kochen ließ. Und ihr hinterdrein noch seine Polizei als Garde mitgab. Es ging ihm um mehr, als um ein paar Portionen Gefrorenes. Vielleicht war ihm oder seinen Auftragern zufällig die „Köllner Zeitung' in die Hände geraten und sie mußten im Wirtschaftsteil lesen:

> „Die Bestelltätigkeit des Handels . . . ist stark gehemmt. Die Fabrikanten berichten, daß die Aufträge auf Grund der neuen Winterkollektion vielfach nur den dritten Teil der vorjährigen Höhe erreichen. Es kommt hinzu, daß die finanzielle Lage der Abnehmerschaft durch das wenig befriedigende Frühjahrsgeschäft im Eizelhandel sehr angespannt ist. Die übriggebliebenen Warenvorräte sind aber nicht nur im Handel, sondern auch in der Industrie im allgemeinen höher als erwartet. Dies zeigt sich u. a. auch daran, daß von verschiedenen Seiten größere Warenposten zu Preisen verkauft werden, die unter den Gestehungskosten liegen. Es handelt sich bei diesen Schleuderangeboten, die ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Lage werfen, teils um Zwangsverkäufe, teils aber auch um Angstverkäufe."

Ja, wovor, um Gotteswillen, haben denn die Leute Angst? Hat nicht Hitler versprochen, daß er's schaffen werde? Schachts Zahlen über den chronischen Exportschwund sind zwar auch nicht gerade beruhigend, aber wer herrscht in Deutschland: wir oder die Nationalökonomie? Und warum wird denn so wenig gekauft? Ley könnte da auch mit allerlei Zahlen und Statistiken aufwarten, Lohnreduzierungen, Abgaben, Abzüge, Zwangsspenden, Verteuerung des Lebensunterhaltes. Und so fort. Aber wen interessieren schon Zahlen, wenn das Losungswort „Mythos" heißt und man gerade Romantik trägt? Und doch, all die Zahlen und Statistiken haben einen großen Fehler: sie lassen sich in kein Konzentrationslager stekken, und kaum hast du sie verscheucht — so tauchen sie auch schon wieder vor dir auf. Das bringt selbst den nerverfestesten Landsknecht um die Ruhe.

Es geschieht heute so manches in Deutschland, was aus einer in Unordnung geratenen psychischen Verfassung der diversen Führer abzuleiten ist, und man soll nicht mehr Sinn und Absicht dahinter wittern. Aber das heißt noch keinesfalls, daß da überall ein Haufen wild gewordener Hysteriker nicht ein noch aus weiß. In allerlei Aktionen liegt System und Richtung, wird mit nüchternem Kopf und eiskaltem Herzen vorgegangen. Dazu gehört vor allem die Judenfrage. Wir haben schon lange vor dem 1. April 1933 hier darzulegen gesucht, daß der deutsche Nationalsozialismus sich in diesem einen Punkte treu bleiben wird. Wir wiederholen es auch heute. Dieses Credo erfüllt uns mit einem schauerlichen Entsetzen: denn wir glauben es Göbbels aufs Wort, daß er das deutsche Judentum vernichten und verjagen will. Und wir wissen, daß Hitler bereit ist, alle Drohungen und Angriffe aus seinem Evangelium „Mein Kampf" auszuradieren, die gegen Frankreich, den Völkerbund, die Polen und Russen gerichtet sind, — aber von seinen Glaubenssätzen zur Judenfrage wird kein Jota entfernt werden dürfen. Das was wir in diesen Tagen in Deutschland erleben — die Weltpresse schreibt von Pogromen, wir fürchten, daß diese Bezeichnung schon längst überholt ist, denn jeder Pogrom fand schließlich sein Ende und man konnte dann, schmerz- und zornerfüllt zwar, aber immerhin frei aufatmen; hier jedoch ist kein Ende vorgesehen — ist eine neue Etappe in der Verwirklichung des alten, schon seit Jahr und Tag bekannten antisemitischen Programms der NSDAP.

Heute sperrt man Eisdielen zu, morgen Maklerbüros, übermorgen vertreibt man die Juden aus der Konfektion, Mittwoch aus den letzten Angestelltenstellen, Donnerstag wird man plötzlich entdecken, daß Lebensmittel, die durch jüdische Hände gehen, der Gefahr ausgesetzt sind, vergiftet zu werden, Freitag ist der übrige Handel an der Reihe und dann kommt ein Ruhetag fürs Judentum, dem kein Weg zu irgendeiner Arbeit mehr folgen wird. So oder ähnlich spukt es in den Köpfen der Hakenkreuz-Diktatoren herum. Zeitlich muß man das Programm ja nicht gerade in dieser Reihenfolge einhalten, man kann längere oder kürzere Pausen einschalten, aber man möge sich nicht täuschen, jeder einzelne der bereits absehbaren Vernichtungspunkte findet seine Stunde und man soll nicht überrascht sein, bis sie schlägt.

✦

Eine Gemeinschaft von nahezu einer halben Million Menschen soll ausgehungert werden. Was ist zu tun? Die Gefahr aufzuzeigen und zu helfen! Man fühlt sie noch viel zu wenig, meint noch immer, hier ginge es lediglich um ein Problem, mit dem die Juden allein fertig werden müssen: Nein, nein, es geht um gar vieles mehr. Ein ganzer Staat, im Herzen der Welt, versucht das Rad der Geschichte zurückzudrehen und zu zerbrechen. Es sind nicht die Juden allein in Gefahr. All dem, was sich die Menschheit an sittlichen Werten erarbeitet hat, den Erkenntnissen des Besten aller Erdteile, dem Gehalt aller großen Religionen, den Wissenschaften schlechthin droht die gleiche Zerstörungskraft.

Heute beginnt dies schon die katholische Kirche am eigenen Körper zu spüren. Wir wollen nicht den Blick rückwärts wenden, in unsere eigene Leidenszeit, aber vielleicht ist gerade in der Stunde, da man mit mittelalterlichen Methoden auch den katholischen Glauben in Deutschland anzugreifen und auszurotten versucht, die Möglichkeit gegeben, freimütig einen Strich unter die Vergangenheit zu setzen: ein besseres Verhältnis zueinander zu finden. Das gleiche Feuer droht uns beiden.

Wir wollen helfen; um jedes Opfer, das wir der Hölle entführen können, müssen wir mit dem Teufel ringen. So zielbewußt wie ihr Vernichtungswille muß auch unsere Hilfsbereitschaft sein. Wir wollen die Tore Palästinas noch weiter öffnen, den Zeitpunkt für den Beginn unserer Kolonisation in Transjordanien noch näher heranrücken und so hunderttausenden Juden Lebensraum schaffen. Dies ist ein Werk von großen Dimensionen und geschichtlichem Format. Die Völker und der Völkerbund müssen aufs neue aufgerüttelt und unaufhörlich an ihre Pflicht zur Mitwirkung erinnert werden. Und unsere beste Legitimation dazu wird unsere eigene Leistung sein.

h. l.

Werden Amerika und England einschreiten?

New York. (JTA.) Am Dienstag, dem 23. Juli, abends, versammelten sich im Pennsylvania-Hotel zu New York etwa 2000 Repräsentanten der jüdischen Organisationen Amerikas, um über die wiederum akut gewordene Gefahr für die Existenz der deutschen Juden und über Mittel zu deren Abwehr zu beraten. Die Konferenz war eine spontane und nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Die Konferenz beschloß, eine Abordnung, bestehend aus prominenten Führern des amerikanischen Judentums der verschiedenen Richtungen, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt, zu entsenden und ihn zu bitten, seine Stimme zugunsten der verfolgten Juden in Deutschland zu erheben, damit dem grausamen Wüten der Judenfeinde Einhalt geboten werde.

Die Konferenz beschloß ferner:

1. den Kongreß der Vereinigten Staaten zu ersuchen, der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Amerikaner die erneute Verfolgung der Juden in Deutschland verurteilen;
2. die amerikanische Regierung zu bitten, Schritte bei der deutschen Regierung zu unternehmen, um diese zu veranlassen, die Juden in die ihnen geraubten Rechte wieder einzusetzen;
3. die Regierung der Vereinigten Staaten zu bitten, Handelsverträge mit Deutschland solange nicht abzuschließen, als die Entrechtung und die Verfolgung der Juden andauert;
4. den Völkerbund zu ersuchen, bei fortdauernder antijüdischer Verfolgung und Entrechtung in Deutschland Sanktionen, auch wirtschaftlicher Natur, gegen Deutschland in die Wege zu leiten;
5. die amerikanischen Sportverbände und die zur Teilnahme an der Olympiade 1936 in Berlin auserwählten amerikanischen Sportler aufzufordern, ihre bereits zugesagte Teilnahme an der Olympiade zurückzuziehen;
6. die amerikanische Judenheit und das amerikanische Volk aufzufordern, den Boykott deutscher Waren und Dienste zu steigern.

32 Senatoren des Amerikanischen Kongresses, unter ihnen der in der amerikanischen Außenpolitik maßgebende Senator Borah, sandten der Konferenz Begrüßungsbotschaften, in denen sie die Unterstützung der Forderungen der Konferenz zusagten.

Havas meldet aus London, daß die britische öffentliche Meinung die antikatholischen und antijüdischen Verfolgungen in Deutschland verurteilt. Einigen Nachrichten zufolge soll das britische Kabinett entschlossen sein, in Berlin eine diplomatische Demarche zu unternehmen, falls die antijüdischen Verfolgungen nicht aufhören sollten.

Auch die Londoner Korrespondenten einiger Pariser Zeitungen melden, daß sich die englische Regierung mit der Möglichkeit beschäftigt, in Berlin eine Demarche gegen die Judenverfolgungen zu unternehmen.

Verdoppelter Besuch in den čsl. Bädern aus Palästina

Nach einer Mitteilung der Tschechoslowakisch-palästinensischen Handelskammer in Prag haben heuer einige tausend palästinensischer Staatsangehöriger die Tschechoslowakei besucht, von denen die Mehrzahl in unsere Bäder gereist ist. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Besucherzahl verdoppelt. Die Handelskammer macht darauf aufmerksam, daß dieser starke Zustrom sich bei guter touristischer Propaganda noch steigern würde und spricht die Ansicht aus, daß diese Frage unsere Reisebüros beachten und Palästina eine größere Aufmerksamkeit widmen sollten.

Berl Locker:

Vom „wahren Herzlismus"

I.

Ich erinnere mich einer Karikatur, die vor etwa dreißig Jahren in einem jüdischen Witzblatt in Rußland erschien: Marx, in Gestalt eines gelehrten Rabbi, der von seinen als chassidische Bachurim dargestellten Jüngern, den diversen jüdischen sozialistischen Parteien, nach allen Seiten gerissen und gezerrt wird, und in aller Verzweiflung den Ruf ausstößt: „Gewalt, Juden, ratewet!"

Es scheint das fast unentrinnbare Schicksal jedes wirklich großen Begründers einer gesellschaftlichen Lehre oder politischen Bewegung zu sein, daß nach seinem Tode, sobald in den Reihen seiner Bewegung eine Differenzierung oder gar Spaltung eintritt, die verschiedenen Richtungen um sein Erbe herumstreiten; daß jede sich als die wahre Nachfolgerin des Meisters und Sachwalterin seiner Ideen und Bestrebungen bezeichnet, die anderen Richtungen aber als Verräter und Fälscher der vom Lehrer für alle Ewigkeit festgelegten unwandelbaren Wahrheiten erklärt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier vor allem erklärt, daß die folgenden Zeilen keineswegs den Sinn haben, ein Beitrag zu einem ähnlichen Kampfe um Herzl zu sein. Wir schwören nicht von vornherein auf jedes Wort von Herzl. Für uns kann ein Gedanke, eine Tat, ein bestimmtes grundsätzliches oder taktisches Verhalten durch die — selbst gerechtfertigte — Berufung auf Herzl allein noch nicht als unbedingt richtig oder falsch gestempelt sein. Wir halten uns für berechtigt, zu jeder Frage, auch in Abweichung von Herzl, Stellung zu nehmen, wenn wir glauben, daß die Voraussetzungen und Umstände unseres Falles anders liegen oder daß Herzl sich geirrt hat. Ja, wir schließen auch diese Möglichkeit keineswegs aus. Wir haben Herzl nicht kanonisiert oder heilig gesprochen; wir halten ihn nicht für unfehlbar.

Wird damit an der Größe Herzls gerüttelt? Wird seine Autorität vermindert? Im Gegenteil! Durch diese von dogmatischer Bindung freie Stellung zu Herzl gewinnen wir erst den richtigen Maßstab für seine wirkliche Größe. Denn wir sind in der Lage, zeitlich Begrenztes von ewig Dauerhaftem zu scheiden; gerade, da wir nicht jedes Wort unbesehen als ewig und für alle Fälle gültig von vornherein akzeptieren, müssen wir uns bemühen, in den tieferen Sinn der Worte, in die Motive der Entscheidungen und Handlungen einzudringen, müssen wir Herzls Gedanken und Taten aus der Gesamtsituation, der sie entwachsen sind, zu verstehen suchen. Müssen wir mit einem Worte Herzl studieren. Es erleichtert unsere Entscheidung und festigt unsere Ueberzeugung von ihrer Richtigkeit, wenn wir wissen, daß Herzl in einer ähnlichen Situation ähnlich gehandelt hat, oder wenn wir glauben, daß er ähnlich handeln würde. Die Entscheidung wird uns schwerer fallen, wenn wir wissen, daß wir uns im gegebenen Falle im Widerspruch zu ihm befinden. Das wird uns veranlassen, unseren Standpunkt mit äußerster Selbstkritik wieder und wieder zu überprüfen; aber die Verantwortung für die Entscheidung werden wir nicht Herzl überlassen, sondern auf uns selbst nehmen.

Wir halten das für eine Herzls und der Bewegung würdigere als jene angeblich unbedingte Herzl-Anbetung, die bei näherer Betrachtung im Grunde nur die Funktion hat, Herzl zum ewigen Kronzeugen für alle Taten und Unterlassungen einer gewissen Gruppe zu machen, die damit der Notwendigkeit, für ihre Meinungen und Handlungen sachliche Argumente zu erbringen, von vornherein enthoben ist. Die Methode, Herzl in jeden Tageskampf hineinzuzerren, den Zauber seines Namens als Schlagwort zum Seelenfang an Massen und Jugend zu mißbrauchen und statt der immerhin anstrengenden geistigen Auseinandersetzung mit den Gegnern diese als Verräter an Herzl und seinem Erbe hinzustellen — die Methode, die lange Zeit hindurch von den Revisionisten in den Auseinandersetzungen über die politischen und ideologischen Probleme nicht ohne Erfolg benutzt wurde, hat neuerlich auch im Kampfe um die organisatorischen Beziehungen zwischen Revisionisten und Zionistischer Organisation Anwendung gefunden. Und es dürfte sich verlohnen, gerade an der Hand dieses Beispiels das Wesen und die Wege des „wahren" Herzlismus zu beleuchten.

II.

> „Herzl starb. Aber sein Erbe lebt — der Zionismus-Revisionismus, der Brith Hazohar. Der Großvater hätte heute an seinem 75. Geburtstag den zehnten Geburtstag seines Enkelkindes gefeiert. Mit uns zusammen, mit uns, seinen wahren und einzigen Erben. Dieses Erbe in langen Abhandlungen nachzuweisen, ist und kann nicht unsere Aufgabe sein. Die Legitimität ist in wenigen Worten bewiesen. Die anderen, die von allen möglichen Synthesen und Uebereinstimmungen und Geistesverwandtschaften mit Herzl herumphilosophieren, für sie ist ein Tag der Erinnerung an Theodor Herzl notwendiger Anlaß hierzu. Sie erinnern sich seiner nur an diesem Tage. Wir leben in Herzl und mit Herzl das ganze Jahr hindurch. Uns ist der Herzl-Gedenktag kein besonderer Anlaß für lange Causerien über unsere Zusammenhänge und Verwandtschaften. Es ist

unser Fest, es ist unser Gedenktag. Es ist unsere Glückseligkeit. Und mit solchen heiligen Gefühlen geht man gewöhnlich nicht auf die Straße."

Diese Sätze sind einem in einer revisionistischen Zeitung aus Anlaß des 75. Geburtstages Herzls erschienenen Festartikel entnommen. Sie enthalten eine vortreffliche, wenn auch vielleicht nicht ganz gewollte, Illustration, eine restlose Charakterisierung der Art und Weise, in der die „einzigen Erben" Herzls mit dessen Namen und Gedankengut herumspringen. Sie proklamieren sich als die wahren, einzigen, ausschließlichen Erben Theodor Herzls — und basta! Ihre Legitimierung hierzu aus Herzls Schriften oder aus seinen Arbeitsmethoden, seinem politischen Verhalten, seinen organisatorischen Schöpfungen, seinen sozialen Ideen und dergleichen mehr nachzuweisen, das halten sie für überflüssig, das seien ja nur Causerien, die sie freundlicherweise den „anderen" überlassen. Wer wird sich auch mitten in der rastlosen Arbeit für die Verwirklichung der unverfälschten Ideen Herzls mit dem Studium seiner Schriften und der Geschichte seines Lebens und seiner Arbeit beschäftigen? Unnütze Zeitvergeudung! Mögen die andern den wahren Herzl bei Herzl selbst suchen. Die „einzigen Erben" müssen sich davor hüten, auf die Quellen zurückzugehen, denn sie könnten dort einen durch revisionistische Interpretation noch nicht geläuterten, also gefälschten, verwässerten Herzl finden. Hier hat ein Uebereifriger die Methode. Herzl als bloßes Schlagwort der Tagespolemik zu verwenden und eine von jeder Kenntnis der Ideen und des Lebenswerkes Herzls unbeschwerte Hurrastimmung für den „einzig echten Herzlismus" auszugeben, in geradezu klassischer Weise formuliert. Diese Praxis jedoch ist so alt wie der Revisionismus selbst.

Das kann an unzähligen Beispielen auf jedem Gebiete der Lehre und Tat des Revisionismus nachgewiesen werden. Aber mehr als auf jedem anderen Gebiete tritt das in der in allerletzter Zeit so akut gewordenen Frage der zionistischen Disziplin zutage.

(Schluß folgt.)

Hitler verläßt grußlos den Saal

Folgendes wird aus Berlin als verbürgt berichtet: Bei einer Sitzung der deutschen Wirtschaftsführer in Berlin, an der auch Hitler teilnahm, äußerte Geheimrat Bosch von den Bosch-Werken, daß es notwendig sei, im Interesse des deutschen Exports die Judenverfolgungen zu mildern. Hitler erhob sich darauf und verließ grußlos während Boschs Rede den Saal. Der Versammlung ließ er durch einen Diener mitteilen, daß er erst wieder erscheinen werde, wenn Bosch den Saal verlassen habe. Bosch ging darauf.

Die Kongreßwahlen in Litauen

Kaunas. (JTA.) In Litauen haben sich 85 Prozent der Schekelzahler an den Wahlen zum 19. Zionistenkongreß beteiligt. In Kowno selbst herrschte in den Wahllokalen ein solches Gedränge, daß die Polizei Ordnung schaffen mußte. Von den 17 Delegierten entfallen auf das Arbeitende Palästina 9, Misrachi 2, Judenstaatspartei 2, Allgemeine Zionisten (selbständige Gruppe) 2, auf Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten 1 Mandat. Das 17. Mandat ist zwischen Linken und Misrachi strittig.

NOTIZEN

Was Sie aus Palästina nicht wissen

daß ein Hund, der einen Menschen gebissen hat, wie ein Verbrecher vors Gericht kommt und abgeurteilt wird; erst dieser Tage wurden zwei Hunde vom Kriminalgericht in öffentlicher Sitzung nach einer Anklagerede des Vertreters der Veterinärbehörde zum Tod verurteilt;

daß — bei gutem Verhalten — das Strafjahr der Gefangenen nicht zu zwölf, sondern zu acht Monaten gerechnet wird;

daß es nicht weniger als 181 Wechselfeiertage im Jahr gibt, an denen Wechsel nicht bezahlt werden müssen, nämlich: 156 Freitage, Samstage und Sonntage, 8 jüdische, 7 mohammedanische, 5 katholische und 5 griechische Hauptfeiertage;

daß das Erdgeschoß der Häuser hier erster Stock genannt wird;

daß man den Kopf hebt und mit der Zunge schnalzt, wenn man eine Frage verneinen will;

daß man mit ausgestreckter Hand eine abwehrende Bewegung macht, wenn man jemanden herbeirufen will;

daß nicht nur die jüdischen und die mohammedanischen, sondern auch die christlichen Feiertage am Abend vorher beginnen;

daß der Besucher, der an die Tür klopft, auf die Frage, wer draußen sei, nicht mit dem Namen, sondern mit dem Worte ani, bzw. ana, das heißt: „ich", antwortet,

daß man im Cinema raucht;

daß an den Feiertagen aller Religionen sowohl die christlichen wie auch die jüdischen und muslimischen Banken geschlossen sind;

daß hartnäckige Schuldner bis zu 90 Tagen eingesperrt werden können — auf Kosten des Gläubigers allerdings;

daß Ausländer im Gefängnis zwei, Palästinenser aber nur eine Decke bekommen;

daß es in Jerusalem mehr als vierzig anerkannte Volks- und Religionsgemeinschaften gibt;

daß die nestorianischen Christen ihren Gottesdienst in der Sprache des Talmud abhalten;

daß man für das Ansprechen einer Frau auf der Straße Gefängnis bekommt;

daß in Palästina zumindest achtmal mehr Briefe als Postkarten geschrieben werden;

daß die Autos innerhalb der Stadt keine akustischen Signale geben dürfen;

daß gewisse Strafgefangene, die sich gut aufführen, bei Tag ihren Privatbeschäftigungen außerhalb des Gefängnisses nachgehen dürfen;

daß zur Zeit des Vollmonds die Straßenlampen nicht angezündet werden;

daß die Melonen, um sie abzukühlen, aufgeschnitten ein paar Minuten in die pralle Sonne gelegt werden;

daß Petroleum hier Gas heißt und daß Gas hier unbekannt ist;

daß von den Polizisten erst seit drei Jahren gefordert wird, daß sie schreiben und lesen können;

daß feste Gegenstände und Flüssigkeiten mit dem gleichen Maß, der Oqiyeh, gemessen werden, die aber in jeder Stadt Palästinas einen anderen Gewichtswert darstellt;

daß es in der Großstadt Jerusalem keine Feuerwehr gibt;

daß die überwiegende Mehrzahl der Häuser Jerusalems keine Nummern und viele Straßen keinen Namen haben;

daß alle Scherenschleifer tartarische oder turkestanische Mekkapilger sind;

daß Zigarettenpapier nur mit Tabak verkauft werden darf;

daß die Schuhputzer Radfahrglocken haben, die Radfahrer aber mit dem Mund pfeifen, wenn sie Signal geben wollen. M. Y. Ben-Gavriel.

Reichsbeamte verfügen Mischeheverbot

Obwohl bekanntlich bis jetzt ein gesetzliches Verbot von Ehen zwischen Ariern und Juden in Deutschland nicht erlassen worden ist, bemühen sich die „untergeordneten Organe", eine Unterbindung solcher Mischehen — soweit sich überhaupt noch sporadisch zwei mutige Menschen in Deutschland finden, die ihr Lebensglück gegen den Rassenwahnsinn zu erringen hoffen — auf eigene Faust und unter stillschweigender Billigung der Vorgesetzten durchzuführen. So berichtet das „Frankfurter Volksblatt" von einer Entscheidung in einer solchen Rassenfrage, die vor kurzem vom Amtsgericht Wetzlar gefällt wurde. Ein Arier wollte eine Jüdin heiraten, mit der er seit fünf Jahren ein Verhältnis hatte, der Standesbeamte weigerte sich jedoch, das Aufgebot zu erlassen; er erklärte, er als Nationalsozialist könne sich persönlich nicht dazu hergeben, bei der Eheschließung, die er als Rassenschande empfinde, Amtshilfe zu leisten. Der Arier stützte sich auf das Gesetz, das auch im Dritten Reiche seine Ehe mit einer Jüdin nicht verbietet, und beantragte, der Standesbeamte möge angewiesn werden, das Aufgebot zu erlassen. Das Wetzlarer Amtsgericht erteilte ihm aber folgenden, juridisch geradezu klassischen Bescheid:

„Der Einwand, daß solche Mischehen bisher gesetzlich noch nicht verboten sind, schlägt nicht durch. Dieser Einwand entspringt typisch jüdisch-liberalistischem Moral- und Rechtsdenken. Letzteres hatte mit dem Grundsatz „Was nicht verboten ist, ist erlaubt", deutsches Recht und deutsche Sitte bereits fast völlig instinktlos und wurzellos gemacht. Nationalsozialistische, das ist arteigene Rechtsanschauung hat demgegenüber wieder das artgemäße Gesetz des Sollens aufgerichtet, als Anforderung an jeden Einzelnen, seine innere Haltung und äußere Lebensführung allein auf das Wohl seines Volkes auszurichten und dessen Belangen sich unterzuordnen. Dieser Satz ist bindendes, geltendes Recht des Dritten Reichs und, wie oben dargelegt, bereits in grundlegenden Gesetzen eindeutig zum Ausdruck gekommen. Mit diesem Rechtssatz steht die Eheschließung eines deutschblütigen Mannes mit einer Jüdin in unlösbarem Widerspruch. Eine solche Eheschließung kann daher nicht mehr zugelassen werden und der Staatsbeamte hat mit Recht den Erlaß des vom Antragsteller begehrten Aufgebots abgelehnt."

Der Bescheid bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß das Gesetz des Dritten Reiches von jedem Beamten, der nationalsozialistischer zu fühlen behauptet als das Reich selbst, kurzerhand zu Gunsten eines ungeschriebenen „inneren Gesetzes" sabotiert werden kann. Ein Recht, das von Anarchie so weit entfernt ist, wie der Apfel vom Stamm. -ser.

Juden dürfen nicht sagen, Nazis seien ihre Kunden

Wie verlogen und nur als Augenauswischerei für das Ausland berechnet die Äußerungen von offiziellen Stellen des Dritten Reiches sind, es habe sich dem „Neuen Deutschland" nur darum gehandelt, die Juden von den geistigen Führerstellen des deutschen Volkes zu entfernen, in der Wirtschaft dagegen könnten sie sich auch weiterhin ungehemmt ausleben, das beweist ein erschütternder „Rechtsspruch", den die „Frankfurter Zeitung" vom 1. Juli berichtete. Es handelt sich um den Fall des jüdischen Kaufmanns Heiman Simonstein in Schneidemühl, der sich öffentlich damit rühmte, ein Führer der NSDAP. habe in seinem Laden einen Mantel gekauft. Der Käufer klagte, als ihm dies zu Ohren kam, Simonstein wegen „Beleidigung" und erzielte nicht nur dessen Verurteilung durch das Schneidemühler Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis, sondern in der zweiten Instanz vor dem Marienwerder Oberlandesgericht auf die Berufung des Staatsanwaltes hin, dem das erste Urteil zu milde vorgekommen war, eine Verschärfung dieses Urteils mit folgender Begründung:

„Das Schöffengericht hat eine irrige Auffassung vertreten, indem es den Kläger nur in seiner Eigenschaft als politischen Leiter der NSDAP geschützt hat. Denn die Behauptung, einen Einkauf bei einem Juden gemacht zu haben, ist nicht nur für einen politischen Leiter der NSDAP, sondern darüber hinaus für jeden Volksgenossen eine schwere Ehrenverletzung. Diejenigen deutschen Volksgenossen, die noch heute beim Juden kaufen, sind kein Teil des deutschen Volkes, der die öffentliche Meinung darstellt. Die öffentliche Meinung vertritt vielmehr die Auffassung vom sittlichen Unwert des Einkaufens bei einem Juden. Die Frage, ob die deutsche öffentliche Meinung die Behauptung, ein deutscher Volksgenosse habe bei einem Juden gekauft, als Ehrenkränkung empfindet, ist unbedingt zu bejahen."

Jude beißt deutschen Schäferhund

An diesen Witz muß man sich unwillkürlich erinnern, wenn man des Herrn Generalleutnant Daluege Ausführungen „Sensationelle Zahlen über ungeheueren Anteil der Juden an der Kriminalität" in den Zeitungen des Dritten Reichs liest. Dieser amtliche Bericht beginnt mit den Worten: „Angesichts der Hetzkampagne, die wegen angeblicher judenfeindlicher Ausschreitungen in Deutschland ...", man beachte den Mut zur Unwahrheit, der wagt von „angeblichen judenfeindlichen Ausschreitungen" zu sprechen, um dann einige Zeilen darunter zuzugeben, „daß das Ausland unseren antisemitischen Kampf bisher offenbar nicht verstanden habe". Um diesen Kampf, sagen wir einmal, verständlich zu machen, wird dann die Kriminalität herangezogen, und des Herrn Generalleutnant sachliches ... Material gipfelt in dem Satz": „die neue Polizei sieht im Gegensatz zu der früheren Auffassung vielmehr ihre Aufgabe darin, jede Störung des Rechtsfriedens durch asoziale Elemente vorbeugend unmöglich zu machen". Dieser Satz dürfte wohl auf gut Deutsch nichts anderes besagen, als daß jüdische Geschäftsinhaber zu Recht enteignet und weiterhin enteignet werden, damit sie als „asoziale Elemente" erst gar nicht im Sinne des Rechtes im Neuen Deutschland straffällig werden. Wenn es nicht so bitter ernst wäre, müßte man in ein schallendes Gelächter ausbrechen, wenn es am Schluß heißt, „daß nach den neuesten statistischen Erhebungen der Jude mit achtzig von Hundert in vielen Verbrechensarten an der Spitze steht und in allen anderen Fällen mindestens ein Viertel aller abgestraften Fälle steht". Und an diese ... Feststellung wird der Satz gehängt: „So kann man wirklich froh sein, daß das deutsche Volk von einem großen Teil dieses Uebels erlöst ist".

Wir jedoch wollen immer wieder darauf hinweisen, daß nicht „unverantwortliche Elemente" und „Provokateure" im Dritten Reich die Pogrome anzetteln, daß es immer die amtlichen Stellen und höchsten Regierungskreise sind, die ihre Leute zu den Judenverfolgungen anstiften und, letzten Endes, sie auch decken. Auch wollen wir darauf hinweisen, daß sogar in dieser ... Statistik die Juden mit keinem einzigen Mord erwähnt werden und daß sie als — Sexualverbrecher nicht angeprangert sind, obschon den Berichten des „Stürmers" und ähnlicher Blätter zufolge die Juden auf diesem Gebiet führend sein müßten. B. G.

Vom East-End-Jungen zum Weltkünstler

Der Aufstieg des Moritz Schwartz.

Ende Juli eröffnet im Londoner His Majesty's Theatre die jüdisch sprechende Truppe des Moritz Schwartz ein Gastspiel mit dem Stück „Yosche Kalb", der Dramatisierung einer Seriengeschichte, die J. L. Singer in dem New-Yorker „Jewish Daily Forward" veröffentlicht hat. Achtzig Schauspieler wirken mit. Das Londoner Arbeiterblatt „Daily Herald" schreibt, die Handlung werde, obgleich in „Jiddisch", so dargestellt, daß jeder ihr folgen kann. Sechhundertmal hintereinander ist „Yosche Kalb" von der gleichen Truppe in New York gespielt worden. Zurzeit spielt sie in Antwerpen, nachdem ihr auf zwei Wochen berechnetes Pariser Gastspiel sich auf elf Wochen erstreckt hat. Sogar antisemitische Pariser Blätter haben Moritz Schwartz' genialer Bühnenkunst und Autorschaft hohe Anerkennung nicht vorenthalten. Als elternloser russischer Einwanderer hatte Moritz Schwartz die typische Elendsjugend durchgemacht: seine Schlafstätte war der Keller einer Synagoge. Ein Polizist schenkte ihm Geld, von dem er sich Essen kaufen konnte, und verschaffte ihm eine Unterkunft. Er begann als Schauspieler in der New-Yorker East-side und organisierte dort das Jüdische Künstlertheater. Im Laufe der Zeit inszenierte er 120 Stücke: Shakespeare, Shaw, Strindberg, Wilde, Toller, Rolland. Seine Leistung ist mit der Stanislawskys verglichen worden, und zwar von dem Moskauer Meister selbst. R. B.

Neues über die Hule-Konzession

Uebernahme der Konzession durch Keren Kayemet Leisbael und die Emica. Der Trockenlegungsplan.

Haifa. (Palnews.) Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle folgende Einzelheiten über die bevorstehende Trockenlegung und Besiedlung des Hulegebietes:

Die Palestine Land Development Company, die die Hulekonzession erwarb, hatte bekanntlich Schwierigkeiten bei der Aufbringung der für die Trockenlegung und Besiedlung erforderlichen Mittel. Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Vorschlag unterbreitet, daß der Keren Kayemet Leisrael und die EMICA (eine vom Emergency Fund, Jerusalem, und der ICA Paris, gemeinsam gebildete Gesellschaft) als gleichberechtigte Partner das Hulegebiet übernehmen sollen, wobei die gesamte Investition, die auf etwa 500.000 £P geschätzt wird, seitens der EMICA erfolgen soll.

Wie wir erfahren, beschloß die EMICA, bevor durch eine genaue Untersuchung die Kosten der Trockenlegung festgestellt sind, keine endgültige Antwort auf diesen Vorschlag zu erteilen. Die EMICA beauftragte das Unternehmen von Rendel, Palmer und Tritton, London (welches den Haifaer Hafen gebaut hat), eine gründliche Untersuchung des Hulegebietes vorzunehmen und einen Trockenlegungsplan mit Kostenanschlag auszuarbeiten. Die Ingenieure des Londoner Unternehmens haben ihre Tätigkeit am Ort mit Hilfe von palästinensischen Landmessern und Arbeitern bereits begonnen. Die Fertigstellung des Planes wird gegen Jahresende erwartet.

Auch die Katholiken für Boykott

New York. (JTA.) Der Verband katholischer Kriegsveteranen nahm auf seiner Tagung eine Resolution an, in der die amerikanischen Sportverbände aufgefordert werden, ihre bereits gegebene Zusage zur Teilnahme an der Berliner Olympiade 1936 unter Hinweis auf die erneute Verfolgung der Katholiken und Juden in Deutschland zurückzuziehen.

„Jüdische Rundschau" verboten

„Stürmer" beschlagnahmt, aber auf Befehl Hitlers freigegeben.

Der Berliner Havas-Berichterstatter wußte am 23. d. M. spät abends zu melden, daß der von Julius Streicher herausgegebene „Stürmer" verboten wurde, weil sich das Blatt gegen mehrere nationalsozialistische Persönlichkeiten gewendet hatte. Das Blatt hatte nämlich einen Angriff auf das Studentenkorps und gleichzeitig Anspielungen auf den Staatssekretär der Reichskanzlei, Lammers, als den Protektor des Korpsstudententums, gebracht. Bald stellte sich heraus, daß es sich keineswegs um ein Verbot der Zeitung, sondern lediglich um eine Beschlagnahme der letzten Nummer infolge der erwähnten Angriffe handelt. Mit der Hetzpolitik des „Stürmers" gegen die Juden hatte die Beschlagnahme nichts zu tun. Aber auch die Beschlagnahme wurde nach wenigen Stunden widerrufen, nachdem Julius Streicher zu Hitler fuhr und bei ihm als seinem persönlichen Freund intervenierte. Wie es heißt, habe Streicher versprochen, sich von jetzt ab jedweden Angriffes auf amtliche Persönlichkeiten zu enthalten. Der „Stürmer" wird sich nunmehr ausschließlich der antijüdischen Hetze widmen.

Gleichzeitig mit der Beschlagnahme des „Stürmers" wurde — wie eingeweihte Kreise glauben, als Kompensation an Streicher — die „Jüdische Rundschau", das Zentralorgan der deutschen Zionisten, auf die Dauer von drei Monaten verboten. Dieses Verbot wurde nicht zurückgenommen.

Das Verbot der „Jüdischen Rundschau" trifft nicht allein die deutschen Zionisten, sondern das gesamte zeitungslesende jüdische Publikum, das sich von der gleichgeschalteten Tagespresse abkehren mußte, schwer. Die „Jüdische Rundschau" erschien in den letzten Jahren in sehr verstärktem Umfange und in einer Auflage von nahezu 35.000 Exemplaren. Sie führte die Verteidigung der angegriffenen Judenheit mit Würde, aber sehr maßvoll und enthielt sich im allgemeinen einer negierenden Kritik an den regierenden Männern und an den Erscheinungen in Deutschland. Die soeben erschienene letzte Nummer der „Jüdischen Rundschau" enthielt keinerlei Anspielung auf die Ausschreitungen in den Nächten des Samstag und des Montag in Berlin. Die Nummer war ganz dem Gedenken an Theodor Herzl und Chaim Bialik anläßlich der Jahrzeit dieser beiden Führer gewidmet und befaßte sich im übrigen mit zionistischen Problemen und palästinensischen Ereignissen. Der Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau", Dr. Robert Weltsch, schließt den „Zwei Todestage" überschriebenen Leitartikel mit den Worten: „Wir trauern heute um zwei Große unseres Volkes . . . Aber zugleich erkennen wir es als Zeichen der Gnade, daß unsere Generation, in Ost und West, Menschen hervorbringen konnte, die sagen, was das Volk leidet; und was es ersehnt, nicht um eitlen Glanzes willen, sondern um es selbst sein und seiner Berufung dienen zu können. Und die zugleich Führer waren."

Letzte Nachrichten

London. (Palcor-Telegrammdienst.)

Der High Commissioner von Palästina lud die Vertreter aller landwirtschaftlichen jüdischen Siedlungen zu sich ein. Im Anschluß an das gemeinsame Frühstück wurde die britische Nationalhymne und die Hatikvah gespielt. Es ist dies das erstemal, daß die jüdische National-Hymne im Jerusalemer Residenzschlosse ertönte. An der Feier nahmen 150 Vertreter aller Kreise der Landwirtschaft teil, von Ch. Leibowicz dem ältesten Siedler Gederas, einem Bilu, bis Schulamith, der 16jährigen Tochter Chaim Arlosoroffs, welche das Kinderdorf Ben-Schemen vertrat. Es dürfte wohl auch das erstemal der Fall gewesen sein, daß im Regierungspalais des britischen Reiches das Frühstück koscher zubereitet wurde.

✤

In Tel Awiw wurde von der Histadruth Haowdim eine Konferenz für jüdische Arbeit abgehalten. In der Proklamation der Konferenz heißt es, Palästina könne in allernächster Zeit weitere 100.000 Einwanderer aufnehmen, wenn für eine strenge Durchführung des Grundsatzes der jüdischen Arbeit und für Bevorzugung von palästinensischen Erzeugnissen beim Einkaufe im Lande gesorgt werde.

✤

In Tel Awiw herrschte am Vorabend der Kongreßwahlen ein lebhaftes Treiben. Die Straßen sind dicht gefüllt, Aufrufe und Plakate der verschiedenen Parteien bedecken die Ankündigungstafeln, am Montag abends fanden zahllose Wahlversammlungen statt. Der Verband der polnischen Zionisten in Palästina hat sich der Liste der Progressiven Allgemeinen Zionisten angeschlossen.

✤

Der Hapoel Hamisrachi und der Misrachi Hawatik — die oppositionelle, von Hermann Struk und Rabbi Ostrowski geführte Richtung — werden bei der Weltkonferenz des Misrachi ihre Unabhängigkeit erklären. Der „Doar Hajom" bringt die Nachricht, daß sich beide an der künftigen zionistischen Exekutive beteiligen werden, auch falls der übrige Misrachi in der Opposition verbleiben sollte.

Das Flüchtlingskommissariat wird aufgelöst!

„Wir haben unsere Arbeit getan" — Die dieswöchige Sitzung von Vertretern von 15 Regierungen — Das Geheimnis der Auflösung und die diplomatische Rechtfertigung — Staaten streiten sich untereinander — Die Ergebnisse einer Kolumbusreise nach Südamerika — Die jüdischen Organisationen haben zwei Millionen Pfund für die Flüchtlinge aufgebracht

Von **Dr. Esriel Carlebach**

Das Flüchtlingskommissariat wird aufgelöst. Der Hochkommissar des Völkerbunds für die deutschen Flüchtlinge zieht sich wieder ins Privatleben zurück.

Das ist das wesentlichste und das überraschende Ergebnis der Sitzung des Hochkommissariats, die an diesem Mittwoch in London stattfand.

Es ist, allerdings, nur für die breite Öffentlichkeit eine Überraschung. Eingeweihte Kreise wußten schon seit einem halben Jahr, daß jetzt die letzte Beratung des Rates überhaupt sein würde. Aber als vor wenigen Monaten die Nachricht durch eine englisch-jüdische Zeitung in die gesamte Presse sickerte, wurde sie offiziell vom Hochkommissar selbst energisch dementiert. Denn man wollte zwar liquidieren, aber — in Ruhe und Ordnung und unter Wahrung aller diplomatischen Formen und Formalitäten.

Das ist denn auch das Ziel dieser Schwanengesangs-Konferenz von London gewesen, und — ihr erreichtes Ziel.

Die Begründung

Denn hier, in London, sollte für die längst beschlossene, unumgängliche Auflösung der Institution die bestmögliche offizielle Begründung ausgegeben und eine niemanden beschämende Lesart der ganzen Sache fixiert werden.

Diese Lesart ist, wörtlich zitiert aus der Rede, mit der der Hochkommissar MacDonald den Auflösungsantrag einbrachte:

„Das Werk der Hohen Kommission, die Verhandlungen und die Richtunggebung für die internationale Zusammenarbeit zugunsten der deutschen Flüchtlinge ist nun zu zwei Dritteln getan.

Hierfür haben wir fast ausschließlich privaten jüdischen und nichtjüdischen Organisationen zu danken, deren unermüdliche Arbeit dazu verholfen hat, 36.000 Emigranten in überseeischen Ländern unterzubringen, 18.000 in Zentral- und Osteuropa eine Heimat zu schaffen und in anderen Weltteilen zwischen 5000 und 10.000 zu etablieren. So sind von den insgesamt etwa 80.000 Emigranten aus Deutschland nur 15.000 noch heimlos.

Unter ihnen geht es tausenden sehr schlecht. Ihnen zu helfen wird für eine Körperschaft wie die unsere fortdauernd schwieriger werden, da wir ja eine autonome Instanz abseits des Völkerbundes sind.

Ich sehe deshalb keine Möglichkeit dafür, daß wir hier dieser Aufgabe würden gerecht werden können.

Das kann nur eine Instanz, die vom Völkerbund selbst als ein integraler Teil des Völkerbundsapparates geschaffen wird und die das Problem aller Flüchtlinge überhaupt, der Russen, Armenier, Assyrier und der Deutschen, auf internationaler Basis regelt.

Schon im Februar habe ich dem Hohen Rat einen solchen Vorschlag unterbreitet. Am 27. Juni hat die norwegische Regierung den Völkerbund ersucht, das Problem zu behandeln. Es wird auf der Tagesordnung des Völkerbundrats im September stehen.

Dann wird also wohl für die Überführung unserer Kompetenzen an eine Völkerbundsinstitution sich ein praktischer Weg öffnen."

Die Wahrheit

Soweit — die offizielle Lesart. Daß sie mit den Tatsachen wenig zu tun hat, braucht nicht erst gesagt zu werden. Selbstverständlich löst die Institution sich nicht auf, weil sie so erfolgreich gewesen ist und zwei Drittel ihrer Arbeit schon geleistet hat, sondern sie löst sich auf, weil sie keinerlei wie immer gearteten Erfolg aufzuweisen hat und auch nicht ein Hundertstel ihrer Aufgabe lösen konnte.

Da man das eingesehen hat, will man wenigstens die Überführung der Kompetenzen an den Völkerbund direkt nun vornehmen und damit das letzte und einzige, was noch zu retten und zu leisten ist, nun sichern.

Weshalb gerade jetzt? Und was heißt: Überführung an den Völkerbund? Ist denn das Kommissariat bisher keine Völkerbundsinstitution gewesen?

Nein, das war es nicht. Als es nämlich geschaffen wurde, in der Herbstsitzung des Völkerbundrats von 1933 war das Deutsche Reich noch Mitglied des Völkerbunds. Und es erklärte damals verständlicherweise, daß es gegen die Schaffung einer dem Völkerbund zugehörigen Flüchtlingsinstitution stimmen werde, weil ein solches Kommissariat Instrument der Diffamierung Deutschlands werden könnte. Die Stimme eines einzigen Staates aber genügt nach dem Statut, um einen Antrag zu Fall zu bringen.

So fand man einen Ausweg: Es wird ein Flüchtlingskommissariat geschaffen, — aber nicht als Instanz des Völkerbundes selbst. Sondern: es finden sich eine Reihe Staaten, — insgesamt waren es fünfzehn, — zusammen, die quasi auf eigene Faust einen Rat bilden, der seinerseits einen Hochkommissar benennt und den sie alle zusammen auf Grund kollegialer zwischenstaatlicher Abmachungen unterstützen.

Auch Geld bekommt dies Kommissariat vom Völkerbund als solchem — nicht. Da es gleich zu Anfang Bürospesen haben wird, borgt ihm das Generalsekretariat des Völkerbundes 25.000 Francs. Aber auch die muß es zurückzahlen und die weiteren Gelder aus privaten Quellen aufbringen, von jüdischen und anderen charitativen Institutionen, die dafür besonders in einem extra Beirat zusammengefaßt werden.

Das Hochkommissariat hatte also und hat bis nun keinerlei durch das Völkerbundstatut selbst festgelegte Rechte. Es kann nicht durch Vermittlung des Völkerbundsekretariats etwa die Staaten darauf hinweisen, daß sie nach einem von 1920 datierenden Abkommen auch den deutschen Flüchtlingen Völkerbunds- oder Nansenpässe auszustellen hätten und gegenseitig respektieren müßten. Die Staaten können sich über besondere Identitätsausweise für die deutschen Emigranten auch jetzt noch einigen, — aber vom Völkerbundstatut her rechtlich dazu verpflichtet sind sie nicht. Die deutschen Flüchtlinge unterstehen der Genfer Behörde nicht.

So mußte der rechtliche Status während der letzten zwei Jahre sein, denn Deutschland war gegen die Unterstellung der deutschen Flüchtlinge unter die Genfer Behörden. Jetzt aber ist Deutschland ausgetreten. Vor zwei Jahren angekündigt, wird der Austritt heute rechtskräftig.

Nun können ohne juristische Schwierigkeiten die deutschen Flüchtlinge unter die Völkerbundskompetenz gestellt werden und nun — müssen sie es.

Denn in den abgelaufenen zwei Jahren hat man erkannt, daß auf dem Weg der freiwilligen Zusammenarbeit der Staaten sich nichts erreichen läßt, keine Identitätspapiere, keine Arbeitserlaubnisse, keine Einwanderungsbewilligungen, keine Erwerbslosenunterstützung, keine Beihilfe für den Abtransport nach Uebersee, nichts, absolut nichts.

Und man hat erkannt, daß man freiwillig auch kein Geld bekommen wird. Die internationalen charitativen Organisationen sind zwei Jahre lang um ihre Hilfe bedrängt worden und haben nichts gegeben.

Man muß schon an die Völkerbundsautorität und an die Völkerbundskasse appellieren.

Die Diskussion

Der Vorschlag, diesen Appell zu machen, lag also nun vor und es hatten darüber zu befinden:

der Hochkommissar, der Amerikaner Mr. James MacDonald, und die Vertreter der fünfzehn Regierungen: Graf Antoine de l'Aubespin für Belgien, Max Lobkowitz für die Tschechoslowakei, Frants Hvass für Dänemark, Jacques Helbronner für Frankreich, Viscount Cecil für England, Aubrey Casardi für Italien, Professor J. P. A. Francois für die Niederlande, V. Adamkewicz für Polen, Baron Carl Leijonhfvud für Schweden, Walter Prendergast für USA, Dr. Alberte Guani für Uruguay und V. N. Yovanovitch für Jugoslawien.

Als sie in öffentlicher Sitzung aufgefordert wurden, sich zum Vorschlag zu äußern, schwiegen sie alle. Aber dann zogen sie sich zu geheimer Beratung zurück, und es war nicht schwer, später zu erfahren:

Dafür waren — die vom Flüchtlingsstrom sehr belasteten Länder, wie Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei. Sie wollen natürlich, daß der Völkerbund ihnen etwas von ihrer Last abnimmt.

Dagegen waren — außer zwei skandinavischen Ländern ein paar andere, die bisher keine Flüchtlinge haben und die fürchten, wenn der Völkerbund die Lasten gleichmäßig verteilt, kostet sie diese ganze Sache mehr als bisher.

Dafür waren schließlich energisch auch die Amerikaner, denn die wird es ja, sobald der Völkerbund es übernimmt, gar nichts kosten. Sie gehören ja nicht dazu.

Blieb noch — Italien, das prinzipielle Einwände hat. Es will den Völkerbund nicht mit Flüchtlingssachen beschäftigt wissen, denn dann könnten da eines Tages auch die dreiviertel Million Italiener auftauchen, die heute in der politischen Emigration leben.

Und es blieben schließlich noch ein, zwei Vertreter von Regierungen, die sehr höflich hin und her lavierten und sich nicht festlegen wollten, weil sie damit ja ihre Regierungen für die kommende Septembersitzung schon festlegen würden, und wer kann wissen, wer im September Außenminister ist und welcher Beamte will dem schon im — vorhinein Schwierigkeiten machen . . .

So hat die Diskussion einen ganzen Tag gedauert, aber zu der berühmten, in Völkerbundsgremien notwendigen Einstimmigkeit ist es nicht gekommen. Jedoch, natürlich, auch beileibe nicht zu einer Unstimmigkeit. Sondern zu einem diplomatischen Ausweg:

Der Hohe Rat hat nicht mit allen Stimmen beschlossen, sich aufzulösen, sondern er hat mit allen Stimmen beschlossen, zur Kenntnis zu nehmen, daß die norwegische Regierung einen auf Auflösung hinauslaufenden Antrag in Genf eingebracht hat.

Jeder behält sich also seine Stellung bis zum September, bis der Antrag in Genf zur Sprache kommt, vor.

Aber — keiner hat mehr allzu scharfe prinzipielle Einwendungen gegen den Vorschlag.

Es werden in Genf wohl nur noch formaljuristische Klippen zu umschiffen sein.

In dieser Hoffnung wenigstens hat man die einzige zur Debatte stehende praktische Frage verabschiedet.

Wo sind die Flüchtlinge?

Dann hat man Rückschau gehalten. Über das, was in den letzten zwei Jahren mit den deutschen Emigranten geschehen ist, und das, was, wenn der Völkerbund die Aufgabe nun übernimmt, noch zu geschehen hat.

Man hat aufgezählt — und diesen Zahlen kommt, weil es die ersten sind, die von den Regierungen selbst gegeben sind, eine besondere Bedeutung zu —, daß die Emigranten am 15. Juni 1935 sich folgendermaßen über die Länder verteilt haben:

In Übersee: Palästina 27.00, USA. 6000, Südamerika 3000, Südafrika 300, in anderen Erdteilen 500; zusammen 36.800.

In Europa: Frankreich 10.000, Holland 4000, England 2500, Spanien 2000, Tschechoslowakei 1600, Italien 1100, skandinavische Länder 1000, Österreich 900, Belgien 600, Schweiz 500, in den übrigen Ländern 1500; zusammen 25.700.

Außerdem sind etwa 18.000 Menschen aus Deutschland in ehemalige Heimatländer in Zentral- und Osteuropa zurückgewandert. Alles in allem hat man es so mit 80.500 Flüchtlingen zu tun gehabt.

Bis zu 20 Prozent dieser 80.000 sind Nichtjuden. In der Tschechoslowakei machen sie 50 Prozent und in Österreich 30 Prozent der gesamten Emigrantenzahl aus.

Wohin mit den noch Heimlosen?

Zwei Drittel von diesen 80.000 haben entweder sich seßhaft gemacht oder können doch irgendwie von den Gemeinschaften, in denen sie heute leben, getragen werden. Wenn nicht auf die Dauer, dann bis zum Ende eines Jahres.

Ein Drittel aber hat noch keine Heimat gefunden und stellt eine Belastung der Länder, in denen sie wohnen, dar, die nicht mehr tragbar ist. Diese Last zu erleichtern, mindestens auf ein Maß zu reduzieren, in dem sie noch eine kleine Weile fortgetragen werden kann, ist nun die nächste und dringendste Aufgabe.

Werden die Länder — so schätzt der Hochkommissar — etwa um 5000 Emigranten entlastet, dann geht es noch eine Zeitlang.

Diese fünftausend aber sollen folgendermaßen verlagert werden:

2500 sollen nach Südamerika kommen, das wird 200.000 £ kosten, 1000 sollen nach Palästina (30.000 £), 600 nach verschiedenen europäischen Ländern (24.000 £), 500 nach Nordamerika (20.000 £), 400 nach Rußland (10.000 £).

In Zahlen gesagt also ist, was man von dem kommenden Halbjahr erwartet — 284.000 £. Von ihnen werden 90.000 £ für die Nichtjuden (insgesamt 1500) unter jenen 5000 allenfalls „überschüssigen" Emigranten gebraucht.

Südamerika

Der Hochkommissar schlägt vor: 2000 von den 5000 sollen nach Südamerika. Und dafür sollen 200.000 von 284.000 £ gegeben werden.

STIMMEN

aus Reden und Aufsätzen der Woche

Die Berliner Angreifer haben wohl richtig die Worte Görings verstanden, daß die Polizei nicht dazu da ist, jüdische Geschäftsläden zu schützen. Die Opfer selbst wußten, daß sie nicht auf Schutz und nicht auf Genugtuung hoffen können, weil die Polizei auf ihre Klagen die stereotype Antwort gab: „Wir können gegen die Partei nicht einschreiten!"

(L. G. Montefiore auf einer Tagung des Board of Deputies in London.)

Wenn der „Völkische Beobachter" erklärt, die ausländischen Korrespondenten hätten das „Zerschlagen einiger Fensterscheiben" zu einem Pogrom aufgebauscht, so können die ausländischen Korrespondenten erwidern, daß sie in der Samstagnacht und am Montag abend am Kurfürstendamm mit eigenen Augen viele zerschlagene jüdischen Gesichter und eine bis zur Bewußtlosigkeit geschlagene Frau gesehen haben.

(„Morning Post", London.)

Die Nationalsozialisten werden kaum viel daran ändern können, daß antisemitische Ausschreitungen in Berlin in der Welt mehr Aufmerksamkeit erregen und als ernsteres Ereignis gewertet werden, wie ein Judenpogrom in Nordafrika. Dabei wird es wohl bleiben, solange die Stadt Constantine in Algier liegt und Berlin seinen Standort nicht wechselt. Die Ehre, ein großes Volk mitten in Europa zu regieren, ist für die Nationalsozialisten eben verbunden mit der unbequemen Aufmerksamkeit, welche die Umwelt ihrer Politik widmet.

(„Neue Zürcher Zeitung".)

Der kalte Pogrom gegen die Juden in Deutschland ist bekanntlich schon lang im vollen Gange. Er läuft auf eine Enteignung der Juden hinaus. Die Nationalsozialisten wollen das jüdische Geld, die jüdischen Stellungen haben, deswegen verdrängen sie die Juden jetzt auch bereits aus den wirtschaftlichen Positionen, und die Rassentheorien einiger Fanatiker liefern ihnen einen „ideologischen" Vorwand dazu. Der kalte Pogrom ist nicht überraschend, aber ziemlich überraschend ist die Duldung, die das Regime des Nationalsozialismus gegenüber den antisemitischen Gewalttaten, und nicht allein in der Provinz, sondern auch in dem wohlbehüteten Berlin bewiesen hat. Welche Bedeutung soll man diesem Verhalten der Machthaber zuschreiben? Verlangt die „Volksseele" diese Ausschreitungen? Soll die „Volksseele" etwa von anderen Dingen, die dem Regime ernstere Schwierigkeiten bereiten, abgelenkt werden? Muß man ihr den offenen Pogrom „bieten", was auch immer das Ausland sagt? Vielleicht wird schon die nächste Zeit darüber einige Auskunft bringen.

(„Prager Presse".)

Denn der Hochkommissar ist in Latein-Amerika gewesen. Er hat, zusammen mit einem der JCA nahestehenden Funktionär 16 Länder dort besucht und 16 Regierungen.

In keinem der Länder — so hat der Hochkommissar wörtlich berichtet — sind irgendwelche konkrete Resultate mit den Verhandlungen erreicht worden. Insbesondere in Argentinien und Brasilien, wo am meisten Arbeitsgebiete und Arbeitsmöglichkeiten im Prinzip bestehen, sind die Einwanderungsvorschriften allzu streng.

Aber die Verhandlungen dauern noch an. Und in den kleineren süd- und mittelamerikanischen Republiken sind die Einwanderungsvorschriften so, daß man hoffen kann, daß einzelne Emigranten dort würden Arbeit finden können.

Die 2500, allerdings wohl keinesfalls mehr, wird man besonders in Zentralamerika, an erster Stelle in Columbien, dann in Ecuador, Honduras, Guatemala, Costarica, Nicaragua und Paraguay unterbringen können.

Die Eröffnung dieser Aussichten ist die wesentlichste eigene Leistung, auf die der Hochkommissar hinzuweisen hat.

Woher kam Geld und woher nicht?

Geld hiefür wie für alles andere in den vergangenen zwei Jahren hat das Hochkommissariat nicht aufgebracht und nicht aufzubringen gehabt. Das war Aufgabe der ihm beratend beigeordneten privaten Organisationen.

Von ihnen haben die jüdischen — etwa zwei Millionen Pfund gegeben. Die englischen Juden eine halbe Million, die amerikanischen 600.000, die übrigen den Rest.

Die nichtjüdischen Organisationen haben alle Anstrengungen gemacht, öffentliche Aktionen aufzunehmen. Die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen sind beim guten Willen geblieben. Die Quäker haben in Paris viel getan. Für die Intellektuellen ist mit Hilfe der Rockefellerstiftung die Summe von 300.000 £ zur Verfügung gestellt worden. Von den Regierungen hat nur die schwedische etwas für das Werk beigetragen.

✣

Dies waren die Hilfsmittel und die Waffen — jenes die Not, die mit ihnen bekämpft werden sollte.

Daß es nicht gelang, war kein Wunder, gewiß — keine Schuld.

Daß das Hochkommissariat nun resigniert — ist nur die natürliche Schlußfolgerung.

Freie zionistische Tribüne

Dr. Mayer Ebner (Cernauti):

Für eine Vereinigung der Allgem. Zionisten

In der Ueberzeugung, daß der allgemeine Zionismus noch lange nicht seine Aufgabe erfüllt hat, und daß er namentlich im Zeitalter des Aufbaues von Erez Israel berufen ist, die Führung in der zionistischen Organisation wieder zu gewinnen und zu behaupten, haben ich und andere bei der im Juni l. J. stattgefundenen Konferenz des Weltverbandes der Allgemeinen Zionisten uns bemüht, den Bruch des Weltverbandes in zwei gesonderte Gruppen zu verhindern. Es ist dies uns nicht gelungen.

Aber der aus aller Welt gemeldete Ausfall der Kongreßwahlen macht uns Allgemeinen Zionisten die Vereinigung zu einem einzigen und e i n h e i t l i c h e n W e l t v e r b a n d e in noch höherem Maße als bisher zur unabweislichen Pflicht. Die Stärkung der Flügelparteien kann nur durch ein geschlossenes Zentrum, für welches die Allgemeinen Zionisten prädestiniert sind, einigermaßen wett gemacht werden.

Wohl gibt es Verschiedenheiten in der Einstellung der beiden Gruppen der Allgemeinen Zionisten zu den beiden Erez aufbauenden Klassen, aber diese Verschiedenheit ist nicht tiefgreifend, zumal jede der beiden Gruppen Klassenkampf und Klassenhaß verpönt und einer schiedsgerichtlichen Austragung von Differenzen in den beiderseitigen Beziehungen das Wort redet. Auch in der Frage des I r g u n s, die zum Bruche geführt hat, gibt es eine von beiden Teilen bereits angedeutete Lösung durch Schaffung eines a u t o n o m e n Irguns der Allgemeinen Zionisten im Rahmen der bestehenden großen Histadruth.

Sonstige zwischen den beiden Gruppen der Allgemeinen Zionisten bestehenden Schwierigkeiten sind nicht grundlegender Natur und können in einem einheitlichen Weltverbande nach den Bestimmungen des Krakauer Statutes, welches auch einer Minorität, im hohen Maße Rechnung trägt, auf demokratischem Wege überwunden werden.

Ich bin von den Allgemeinen Zionisten Großrumäniens ermächtigt, unmittelbar vor dem Zusammentreten des Kongresses zu versuchen, die beiden Gruppen „Weltverband" und „Weltvereinigung" zu einem einzigen und einheitlichen Weltverbande zu vereinigen, oder zumindest sie zu einer Kooperation in den wichtigsten Fragen, namentlich bei der Wahl der Exekutive zu bewegen.

Um diese Aktion mit Nachdruck führen zu können, bedarf es der Mithilfe vorerst derjenigen Allgemeinen Zionisten, die für eine bestimmte Gruppe nicht eingeschworen sind und sich die Entscheidung noch vorbehalten haben. Nicht um die Schaffung einer dritten Gruppe geht es mir, sondern um eine B r ü c k e zwischen Weltverband und Weltvereinigung. Ich bin informiert, daß es auf beiden Seiten Allgemeine Zionisten gibt, die die Spaltung des allgemeinen Zionismus bedauern und die Verschmelzung in einer Weltorganisation der Allgemeinen Zionisten aufrichtig wünschen. Auch an diese richte ich meinen Appell zur Mithilfe in meiner Aktion, die ich mit dieser Veröffentlichung einleite.

Ich werde einige Tage vor Eröffnung des Kongresses in Luzern alle jene, die an dem Versöhnungswerke werden mittun wollen, zu einer **Besprechung einladen, und ich bitte jene allgemein zionistischen Delegierten, die noch keiner der beiden Gruppen beigetreten sind, mit ihren Beitrittserklärungen inne zu halten, bis meine Aktion zu einem — wie ich hoffe — positiven Resultat geführt haben wird.** Je größer die Gruppe dieser vorläufig Neutralen sein wird, mit desto stärkerem Nachdrucke wird sich die von mir eingeleitete Aktion zu einem gedeihlichen Resultate führen lassen. Ich nehme meine Aktion betreffende Zuschriften mit Vergnügen entgegen.

Rabb. Dr. W. Sole (Strážnice):

Neuorganisierung der Kultusgemeinden

Neuorganisierung bedeutet, ein neues Leben in die Kultusgemeinden hineinzubringen, um sie vor dem vollständigen Ableben zu bewahren. Und besonders sind hier die kleinen Gemeinden in Betracht zu ziehen, wo nämlich die Juden mehr im Kontakt miteinander und mit der Gemeinde selbst sein können. In den kleinen Gemeinden kann sich der Jude viel leichter jüdisch ausleben und viel schwerer assimilieren, als in den großen Gemeinden. Demzufolge muß der jüdischen Gemeinschaft viel daran liegen, die kleinen Gemeinden um jeden Preis vom Untergange zu bewahren. Wie soll das nun geschehen?

Vor allem: Was sind die Hauptursachen des Unterganges der kleinen Gemeinden? 1. Aussterben der alten Generation; 2. Auswanderung der jungen Generation in die Großstadt. Können wir aber das verhindern? Ja und nein. Nein, wir können nicht verhindern, daß die alte Generation aussterbe, und ja, wir können verhindern, daß die junge Generation in die Großstadt ziehe, wenn wir ihren geistigen und materiellen Bedürfnissen in der Kleinstadt Befriedigung bieten können. Wie wäre nun das möglich? Wir dürfen nicht vergessen, daß hier von Bedürfnissen, die sich auf das Judentum beziehen, die Rede ist. Und nun wird jemand einwenden: die Befriedigungsobjekte der jüdischen und nichtjüdischen materiellen Bedürfnisse decken sich, und das ist das Geld. Dadurch könnten aber die Kultusgemeinden nur höchstens in Ausnahmefällen die Auswanderung in die Großstadt verhindern. Dieser Einwand trifft aber nicht in jedem Falle zu und ist nicht im absoluten Sinne berechtigt, denn nicht überall ist dem Juden gegeben, durch Geld seine jüdischen Bedürfnisse zu befriedigen. Da sind also die Objekte verschieden. Aber noch weniger trifft dieser Einwand im negativen Sinne zu: denn die materiellen Lasten des Juden sind viel größer als die des Nichtjuden (z. B. Kultussteuer). Die Erleichterung der Kultussteuerlasten in den kleinen Gemeinden wäre schon ein Faktor, wenn auch nicht ein allzu bedeutender, um die Auswanderung in die Stadt einzuschränken, wo die Kultussteuerlasten gewöhnlich geringer sind.

Noch wichtiger sind aber hier die geistigen und kulturellen Faktoren, die aber, wie wir weiter sehen werden, wiederum von den materiellen abhängen. Wenn wir oben sagten, daß sich der Jude in der Kleinstadt leichter jüdisch ausleben kann, so müssen wir das jetzt genauer sagen: ausleben könnte, wenn ihm dazu die Gelegenheit geboten wäre.

In den meisten Fällen ist aber diese Gelegenheit nicht geboten, oder nur auf einer niedrigen, primitiven Stufe. Und wenn diese primitive Stufe auch intensiv ausgenützt wird, kann sie sich aber nie zu einer höheren Stufe entwickeln. In den meisten k l e i n e n G e m e i n d e n M ä h r e n s bedeutet diese Stufe: ein primitiver Gottesdienst, ein noch mehr primitiver Religionsunterricht, im Jahre ein zionistischer Vortrag (von einem fremden Redner gehalten) und eine Gratis-Gemeindezeitung, die von vielen Mitgliedern der Gemeinde nur halb oder überhaupt nicht gelesen wird. Das ist also die Stufe der jüdischen Kultur in den meisten kleinen Gemeinden. Die Möglichkeit, diese Kulturstufe zu heben, ist nur dort gegeben, wo in der Gemeinde akademisch gebildete oder qualifizierte Beamte (Rabbiner, Religionslehrer) wirken. Die kleinen Gemeinden sind aber nicht in der Lage, solche Kräfte anzustellen, ihre materiellen Mittel erlauben es ihr nicht, und dadurch ist auch ihr geistiges Leben dem Untergange geweiht.

In den mittelgroßen Gemeinden, wo solche Kräfte vorhanden sind, ist eine Einschränkung in den meisten Fällen, in der geistigen Freiheit dieser Kräfte, festzustellen. Der Gemeindeangestellte ist in vielen jüdischen kulturellen Hinsichten von seiner Gemeinde „abhängig", gebunden. Gebunden einerseits vom Gemeindevorstande, anderseits von den Mitgliedern (z. B. Eltern). Dort aber, wo keine geistige Freiheit vorhanden ist (wo z. B. der Rabbiner seine Ansichten in bezug auf das Judentum nicht frei äußern und seine Pläne verwirklichen kann, wo der Religionslehrer beim Unterrichte sich vor den Eltern fürchten muß, mit dem Kinde, wenn es notwendig ist, streng vorzugehen, oder eine Note 2 zu geben), dort kann von einer Entwicklung des jüdischen Geistes, der jüdischen Kultur, keine Rede sein. Für die Entwicklung und den Fortschritt der Kultur ist vor allem Freiheit des Geistes erforderlich. Wie kann man sich eine zielbewußte und ehrliche Arbeit eines Rabbiners vorstellen, wenn er z. B. weltanschaulich von seinem Vorsteher abhängig ist? Was soll dann der arme Rabbiner machen, wenn ein neuer Kultusvorsteher gewählt wird, der gerade eine gegensätzliche Weltanschauung über das Judentum als sein Vorgänger vertritt? Nicht günstiger ist die Lage des Rabbiners im Verhältnis zu den übrigen Gemeindemitgliedern. Unsere Glaubensgenossen haben oft verschiedene Ansichten und Meinungen. Und da der Kultusbeamte von der Gemeinde angestellt ist, so möchte jedes Mitglied den Angestellten nach seinem Geschmacke haben. Und da der Rabbiner vor einer ganzen Gemeinschaft predigen und eine ganze Klasse unterrichten muß (also die Mitglieder nicht individuell wie z. B. der Arzt, der Advokat usw. behandeln kann), so werden wohl Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich sein, sonst müßte sich jedes Gemeindemitglied einen eigenen Rabbiner aufnehmen. (Diese Meinungsverschiedenheiten, die gewöhnlich in der Kritik der Laien zum Ausdruck kommen, gefährden den Frieden in der Gemeinde nicht, so lange als sie objektiv und ehrlich gemeint sind; im Gegenteil, sie können in diesem Falle Anregungen zur Vervollkommnung beitragen und neue Ideen geben, die eventuell ein wenig neues Leben in die Gemeinde hineinbringen können. In diesem Falle also sind uns die „Gegner" viel willkommener als die Indifferenten. Das nur nebenbei.) Die Vorsteher und Gemeindemitglieder müssen aber wissen, daß der Rabbiner der geistige Führer der Gemeinde ist und nicht die Vorsteher. Der Rabbiner ist kein gewöhnlicher Angestellter, der den Launen und Wünschen seines Chefs vollkommen ausgeliefert ist. Denn der Rabbiner trägt die Verantwortung für die geistige Führung seiner Gemeinde und nicht ein anderer. Die Vorsteher haben ausschließlich für das materielle Wohl und für die administrative Arbeit in der Gemeinde zu sorgen, und für diese Angelegenheiten die Verantwortung zu tragen. Eine geistige Führung, die dem jeweiligen Vorsteher oder Vorstande angemessen ist, ist ein Betrug. Soweit über die kulturelle Lage in den mittelgroßen Gemeinden.

In den großen Gemeinden fehlt der Kontakt, die Wechselwirkung zwischen dem geistigen Führer der Gemeinde und den Gemeindemitgliedern. Die ganze Führung geht automatisch, mechanisch und ohne Kontrolle vor sich. Hier geht gewöhnlich das typisch Jüdische in dem allgemein Menschlichen auf. Gelegenheit zur jüdischen Bildung ist vorhanden, es fehlt aber die Anregung der großen Masse hiezu.

Wie könnte man nun diese geistigen und materiellen Mängel beheben? Es waren Ansichten vorhanden, die **hier die kleinen Gemeinden durch Erteilung von großer Kongrua zu retten vorgeschlagen haben, wodurch die Möglichkeit gegeben wäre, 1. die Lasten der Kultussteuerträger der kleinen Gemeinden zu erleichtern, und 2. qualifizierte Beamte anzustellen.** Das wäre aber nur eine Teillösung und auch nur für die kleinen Gemeinden. Wir müssen aber eine generelle Lösung finden, die allen Gemeinden entspricht und die unabhängig von der Kongrua sein wird.

Durch die Verteilung der großen Kongrua an die kleinen Gemeinden wird z. B. das Verhältnis des Rabbiners zu der Gemeinde nicht wesentlich geändert. Was werden ferner diese Gemeinden dann machen, wenn die Regierung keine Kongrua geben würde?

Unserer Ansicht nach wäre nun dieses Problem durch Neuorganisierung der Kultusgemeinden zu lösen. Und das stellen wir uns auf diese Weise vor, daß man sämtliche Gemeinden eines Landes, wie z. B. Mährens, zu einer großen Gemeinde zusammenschließen möchte. Die einzelnen Gemeinden müßten nicht dadurch ihre Autonomie verlieren, aber diese in gewissen Hinsichten einschränken. Der Kultusvorsteher könnte weiter Kultusvorsteher und der Tempelvorsteher weiter Tempelvorsteher bleiben und sein Ehrenamt bekleiden. Die Kultussteuern müßten aber von sämtlichen Gemeinden des Landes in eine Zentrale abgeliefert werden und diese mit der Kongrua zu einer Summe verschmelzen. Der Kultusbeamte sollte dann von dieser Zentrale gewählt, besoldet und in die einzelnen Gemeinden angestellt werden, auf die Weise, wie das bei den Staatsbeamten der Fall ist.

Damit würde man folgendes erreichen können:

1. Den kleinen Gemeinden würde man die Möglichkeit geben, zu guten Kräften zu gelangen.
2. Bewegungsfreiheit des Kultusbeamten, Unabhängigkeit von der Gemeinde (Vorstand und Mitglieder), ausschließliche Verantwortung für die Zentrale.
3. Dem strebsamen Kultusbeamten wird durch die Zentrale die Möglichkeit gegeben, mit der Zeit einen größeren Posten zu bekleiden.
4. Regelung und Vereinfachung der Kultussteueraufteilung.
5. Regelung der Besoldung des Kultusbeamten.
6. Einheit in jüdisch-kultureller Führung und besonders Einheit im Religionsunterricht.
7. Verhinderung des unanständigen Wettbewerbes der Kultusbeamten.
8. Einheitliche Kontrolle über den ganzen Betrieb.

Diese Punkte sind die Hauptvorteile, die aus dieser Neuorganisierung entstehen würden. Wir wollen nicht behaupten, daß sie damit erschöpft sind und daß auch hier keine Nachteile, Mängel und Hindernisse vorhanden sein werden. Kein Menschenwerk ist vollkommen. Dadurch darf aber nicht die Idee, das Prinzip, verworfen werden. Immerhin glauben wir, daß aus dieser Organisierung der Kultusgemeinden dem Judentum **mehr Vorteile als Nachteile entstehen würden.** Natürlich müßte man bei der Verwirklichung dieser Idee sämtliche persönlichen Interessen des Einzelnen um der Gemeinschaft willen ausschalten. Die Idee des Guten muß siegen, auch wenn sie manchem materielle Nachteile bedeuten würde. Die Erhaltung und Rettung des Judentums hat immer Opfer verlangt und auch heute kann es nicht anders der Fall sein. Das werden die durch die Verwirklichung dieser Idee Betroffenen wohl einsehen müssen.

Es ist hier nur ein Versuch gemacht und eine Anregung gegeben worden und wenn sich das Prinzip als richtig erweisen wird, so werden sich die Einzelheiten nachher ergeben, worauf wir hier nicht eingegangen sind (z. B. Wahl der Zentrale usw.). Sollte aber hier jemand einen bessern Weg für die Rettung der kleinen Gemeinden, für die Bewegungsfreiheit der Kultusbeamten und für die Beseitigung aller Mängel, die wir oben angedeutet haben, finden, so möchten wir uns gerne belehren lassen. Solange aber sein besserer Weg gefunden wird, wäre es erwünscht, sich für die Durchführung dieses Planes einzusetzen und alle, denen das jüdische Problem am Herzen liegt, sollten mit der Arbeit für die Verwirklichung dieser Idee beginnen.

Japanisches Dumping bedroht palästinensische Industrie

Schließung der Seidenfabrik „Meshi" in Ramat-Gan // 120 Arbeiter entlassen

Tel Awiw. (Palnews.) In einigen Tagen wird die Seidenfabrik „Meshi" Silk Mills von Saks & Söhnen in Ramat-Gan geschlossen. Den 120 dort beschäftigten Arbeitern wurde die Entlassung ab 21. Juli bereits mitgeteilt.

Die Seidenfabrik „Meshi" ist der am besten ausgestattete und modernste Betrieb dieser Art nicht nur in Palästina, sondern im Nahen Osten. Saks & Söhne befaßten sich seit langem mit der Seidenproduktion in den Vereinigten Staaten. Bei der vor zwei Jahren erfolgten Gründung ihrer Fabrik in Ramat-Gan statteten sie sie zu einem großen, modernen Betrieb mit qualitativ hochstehender Produktion aus. Sie investierten 82.000 pal. Pfund, und im Gegensatz zu vielen Industrieunternehmen Palästinas verfügten sie über eine vieljährige Erfahrung auf diesem Gebiet und über ein beträchtliches Betriebskapital. Jedoch infolge des japanischen Dumpings, von dem mehrere Wirtschaftszweige Palästinas betroffen wurden, insbesondere aber die Seidenproduktion, mußte der Betrieb eingestellt werden.

Es ist von Interesse, festzustellen, daß der japanische Gesamtexport nach Palästina von etwa 5000 pal. Pfund im Jahre 1926 auf über 500.000 pal. Pfund im Jahre 1934 gestiegen ist. Die Seidenausfuhr aus Japan nach Palästina, die im Jahre 1930 kaum 1000 pal. Pfund im Laufe eines Jahres erreichte, stieg in den letzten vier Jahren bis auf über 10.000 pal. Pfund i m M o n a t im Jahre 1934.

Die Seidenfabrik „Meshi" setzte ihre Erzeugnisse in Palästina, Syrien und zu einem geringen Teil in Cypern ab. Nach Einsetzen des japanischen Dumping ging der Absatz stark zurück, trotzdem die „Meshi"-Erzeugnisse qualitativ unvergleichlich höher stehen als die japanische Seide. Nach einem Verlust von etwa 10.000 LP. im ersten Tätigkeitsjahr, Juli 1934 bis Juli 1935, beschlossen die Unternehmer den Betrieb bis zur völligen Aenderung der Bedingungen einzustellen.

Es ist bemerkenswert, daß die palästinensische Seidenproduktion vor der japanischen Konkurrenz **weniger geschützt ist als alle anderen Länder. In den Nachbarländern z. B., wie Syrien und Aegypten, ist der Einfuhrzoll für Seide 3½mal größer als in Palästina.** Die Zollverhältnisse für fertige Kleidung, Wäsche usw. sind noch ungünstiger. Der Zollsatz für diese Waren beträgt 20 Prozent vom Wert; so daß der palästinensische Markt von billigen Seidenhemden und Seidenwäsche aus Japan, fertigen Seidenkleidern aus Amerika, Tschechoslowakei und Deutschland überschwemmt ist. Vor einigen Tagen wurden z. B. im Schaufenster eines Tel-Awiwer Ladens japanische Seidenhemden zum Preise von 40 Mils das Stück ausgestellt. Jedes neue Muster einer palästinensischen Fabrik wird von geschäftigen Importeuren nach Japan geschickt, so daß in 2 bis 3 Monaten von dort dasselbe Muster zu einem geringeren Preise eintrifft, als der palästinensische Produzent für das Rohmaterial bezahlen mußte. Auch die Einfuhr von Kleidungsstücken stieg in erschreckendem Maße, von 386.980 LP. im Jahre 1933 auf 583.870 LP. im Jahre 1934.

Die Schließung der „Meshi"-Fabrik, einer der wichtigsten und größten industriellen Betriebe des Landes, ist zweifellos ein ungünstiges Symptom für die Wirtschaftslage und wird in den Wirtschaftskreisen des Landes zu schwerer Besorgnis Anlaß geben. Dasselbe Schicksal bedroht eine ganze Reihe von industriellen Betrieben, die von der billigen Einfuhr und vom Mangel an geeigneten Schutzzöllen betroffen werden, wenn nicht rechtzeitig eine radikale Aenderung in dieser Hinsicht herbeigeführt werden sollte.

Erweiterung des Hafens von Haifa. Die Palästinaregierung hat veranlaßt, daß mit den Bauarbeiten für die Erweiterung des Hafens von Haifa sofort begonnen wird. Im Hafen sollen gleichzeitig zehn Schiffe, anstatt wie bisher vier landen können. (Jta)

Wahlresultate aus der ČSR.

In der Tschechoslowakei fanden die Wahlen zum 19. Zionistenkongreß vom 21. bis 23. Juli bei einer äußerst starken Beteiligung statt. Wir veröffentlichen im nachstehenden die uns bis Blattschluß zukommenden Wahlergebnisse; in den Klammern sind die Resultate vom letzten Kongreß angeführt, soweit sie uns zur Hand waren. Eine endgültige Uebersicht wird erst in der nächsten „Selbstwehr" gegeben werden können. Das erste und zweite Skrutinium findet diesen Sonntag in Mähr.-Ostrau statt.

Liste 1: Allgemeine Zionisten, Liste 2: Misrachi, Liste 3: Judenstaatspartei und politische Zionisten, Liste 4: Arbeitendes Erez Israel.

Böhmen

	1	2	3	4
Aussig	20 (30)	—(—)	2 (9)	94 (47)
Eger	26 (5)	—(—)	— (8)	14 (12)
Falkenau	4	—(—)	—(—)	23
Gablonz	17 (15)	—(—)	— (1)	41 (31)
Komotau	19 (16)	1 (1)	8 (4)	19 (15)
Leitmeritz	4 (—)	—	108 (155)	32 (9)
Prag	279 (181)	46 (23)	16 (28)	300 (199)
Teplitz	162 (47)	5 (1)	107 (82)	216 (145)
Reichenberg	18 (5)	5 (1)	4 (19)	58 (22)
Saaz	3	2	8	37
Tetschen-Bodenbach	29	—	15	8
B.-Leipa	2	1	23	1
Brüx	18	—	7	47
Karlsbad	54 (47)	29 (2)	4 (3)	147 (111)
Marienbad	8	2	2	3
Pilsen	56 (49)	— (4)	2 (9)	87 (69)

Mähren

	1	2	3	4
Boskovice	9	1	14	10
Neu-Titschein	72 (61)	—	1 (1)	4 (19)
Hrušov	21 (21)	6 (—)	0 (2)	10 (9)
M.-Ostrau	231 (349)	148 (66)	56 (55)	242 (252)
Witkowitz	90	3	—	4
Strážnice	37	3	4	1
Třešt	13	—	1	1
Třebíč	15	—	12	—
Uh. Brod	24 (22)	31 (21)	— (3)	10 (36)
Uh. Hradiště	42 (60)	—	2 (15)	33 (28)
Vsetín	13 (12)	5 (3)	— (—)	2 (6)
Val. Meziříčí	30	—	2	1
Zwittau	11	—	5	3
Bohumín	47	10	5	48
Brünn	299 (260)	66 (25)	141 (124)	218 (222)
Iglau	44 (60)	—	3 (6)	34 (60)
Hranice	40 (33)	—	1 (51)	1 (—)
Prostějov	102 (121)	4 (1)	56 (18)	135 (60)
Troppau	68 (39)	11 (2)	1 (1)	33 (9)
Friedek	26 (42)	—	1 (3)	2 (5)
Jägerndorf	12	2	1	18
Orlau	11 (21)	2	23 (3)	— (11)

Slowakei

	1	2	3	4
Nové Zámky	35 (23)	15 (65)	21 (8)	72 (59)
Nitra	36 (10)	123 (112)	3 (54)	189 (187)
Puchov	36	—	—	38
Poprad	14	1	—	22
Sp. Nová Ves	16 (21)	7 (5)	3 (4)	7 (12)
Stub. Teplice	10 (7)	—	—	48 (54)
Topolčany	12 (4)	65 (66)	—(—)	49 (66)
Stropkov	2 (—)	50 (54)	—(—)	43 (14)
Trebišov	—	8	—	27
Trenčín	23 (25)	6 (5)	2 (4)	84 (51)
Sabinov	12 (7)	28 (14)	1 (—)	31 (28)
Rožnava	6	4	—	31
Šahy	26	—	1	22
Vranov	6	40	1	28
St. Lubovna	1	34	1	9
Zl. Moravce	—	11	—	—
Žilina	45 (90)	17 (30)	2 (—)	89 (110)
Král. Chlumec	2	45	2	0
Levoča	10	15	—	26
Malacky	10	1	4	20
N. Město	102 (55)	9 (5)	—	7 (16)
Puchov	36	—	—	30
Sabinov	12	28	1	31
Sered	19	17	1	1
Sp. N. Ves	16 (21)	7 (5)	3 (4)	7 (12)
Sp. Podhradie	9 (13)	1 (1)	16 (7)	15 (6)
Sp. St. Ves	8	38	—	2
Bardiov	30 (4)	91 (57)	2 (28)	58 (79)
B. Bystrica	37	—	—	110
Bratislava	128 (26)	262 (240)	61 (48)	209 (121)
Banovce	54 (30)	19 (—)	38 (81)	29 (8)
Galanta	3 (7)	12 (19)	—(—)	33 (5)
Hlohovec	5	27	3	60
Komárno	13	7	—	19
Lučenec	45 (30)	18 (8)	— (2)	35 (96)
Malacky	10	1	4	20
Michalovce	1 (1)	107 (79)	1 (1)	162 (151)
Dun. Streda	16	16	1	28
Košice	38	191	6	158
Mukačevo	113 (83)	332 (244)	13 (119)	219 (205)
Prešov	68	116	1	102
Pištyany	34	25	1	7
Iršava	1 (1)	52 (25)	2 (2)	21 (22)

Karpathorußland

	1	2	3	4
Berehovo	105 (2)	113 (40)	1 (35)	119 (32)
Bilke	—	9	—	19
Buštino	1	43	3	70
Chust	10 (4)	145 (135)	14 (13)	168 (96)
Humené	9 (3)	62 (60)	0 (2)	60 (47)
Jasnia	7	10	1	49
Koločavo	—	2	—	21
Mukačevo	113 (83)	332 (244)	13 (119	219 (205)
Sevliuš	16 (5)	114 (119)	3 (22)	81 (48)
Tačovo	46	75	—	64
Torun	3 (1)	16 (8)	—(—)	28 (19)
Vylok	5	21	1	29
Velatyn	—	1	—	10
Volovec	19	1	2	27
Vnyhovo	1	12	—	22
Vyškovo n. T.	—	5	—	21
Užhorod	95 (9)	144 (110)	72 (107)	204 (174)
Velké Berezny	20	4	—	62
Buština	1	43	3	70
N. Apša	0	37	1	11
Selo Slatina	13	62	—	67
Uhla	1	26	—	—
Vulchovce	—	29	—	—
Volové	—	50	—	40

Pogromstimmung in Danzig

Von unserem Korrespondenten.

—sz.— Danzig, im Juli.

Die antisemitische Hetze der Danziger Nationalsozialisten scheint im gegenwärtigen Augenblick ihrem Höhepunkte entgegenzugehen. Der Danziger Senat ist, nachdem er sich durch seine unverständige Wirtschaftspolitik in eine hoffnungslose Lage, hineingezwängt hat, auf der Suche nach einer Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen der Krisenlage, wie zu erwarten war, auf die Juden verfallen, denen man nun die Schuld an der Katastrophe anzudichten versucht.

Man braucht nur einen Blick in das offizielle Danziger Regierungsorgan, den „Danziger Vorposten", zu werfen, um sich zu überzeugen, welche Ausmaße diese von allen offiziellen und parteiamtlichen Organen unterstützte judenfeindliche Aktion annimmt. Der „Vorposten" unterscheidet sich heute von dem berüchtigten „Stürmer" nur noch darin, daß er täglich erscheint und täglich Hetzartikel gegen die Juden, Verdächtigungen gegen große jüdische Unternehmen und Persönlichkeiten usw. enthält. Unabhängig davon wird aber auch der „Stürmer" unbeanstandet auf dem Gebiete der Freien Stadt verbreitet, trotz des seinerzeitigen Verbots des Blattes und trotz der mehrfachen Interventionen des polnischen Generalkommissars in Danzig. Der „Stürmer" ist auch das einzige Blatt, das an zahlreichen öffentlichen Stellen Danzigs aushängt, und alle diesbezüglichen Beschwerden bleiben selbstverständlich ergebnislos.

Alle paar Tage erfährt man in Danzig von Verhaftungen jüdischer Kaufleute, Bankiers, Assessoren u. a., und selbstverständlich gibt eine jede solche Verhaftung der nationalsozialistischen Presse erwünschte Gelegenheit, die Pogromhetze zu erneuern. Das alles wird durch die aus dem „Stürmer" zur Genüge bekannte Argumentation unterstützt, wobei man sich des Eindruckes nicht erwehren kann, daß alle diese Maßnahmen von seiten der Polizeibehörden gegen Danziger Juden absichtlich und zielbewußt betrieben werden, um der Hetze immer neue Nahrung zu verschaffen. In keinem einzigen Falle ist nämlich der Verhaftung ein gerichtliches Nachspiel gefolgt, sondern man begnügte sich damit, die Oeffentlichkeit sehr breit und sehr tendenziös über die angeblichen „Verbrechen" der verhafteten Juden zu informieren.

Aber nicht nur die nationalsozialistische Presse nutzt dieses „glänzende Material" gegen die Juden aus. Der Gauleiter von Danzig, Albert Forster, läßt keine Gelegenheit verstreichen, um öffentlich die Pogromstimmung innerhalb der Danziger Bevölkerung zu schüren, was ja übrigens verständlich ist, da er nicht gut eine andere Rechtfertigung für die gegenwärtige Krisenlage vorzubringen imstande ist. So hat Forster in einer seiner letzten Reden erklärt, daß die Juden Danzigs riesige Goldvorräte in ihren Kellern vergraben hätten, um die arische Bevölkerung unglücklich zu machen. Es ist klar, daß solche Aeußerungen nichts anderes als eine öffentliche Aufforderung zum Pogrom bilden.

Die gleiche Aktion wird auch unentwegt in den Badeorten Danzigs geführt, so daß dort ein Aufenthalt für Juden völlig unmöglich geworden ist. Täglich, und besonders an Sonntagen, demonstrieren nationalsozialistische Truppe auf den Strandplätzen, singen Lieder, die von Judenblut nur so triefen, propagieren den „Stürmer" usw. Sogar in Zoppot, wo man bisher mit Rücksicht auf das internationale Publikum allzu scharfe Ausschreitungen vermied, erscheinen jetzt Aufschriften in den Läden, wie: „Juden unerwünscht". Merkwürdig muß es unter diesen Umständen anmuten, daß sich immer noch Juden finden, welche aus dem Auslande nach den Danziger Badeorten, insbesondere Zoppot, kommen. Vom jüdischen Standpunkte könnte man sich in diesen Fällen den oben angeführten Aufschriften anschließen und erklären, daß solche Juden auch für uns „unerwünscht" sind. Unter der Danziger jüdischen Bevölkerung, die sich in einer verzweifelten Stimmung befindet und auf das Schlimmste gefaßt ist, ruft dieses Verhalten der ausländischen Juden — gelinde gesagt — Erstaunen hervor. Die Danziger Juden selbst würden am liebsten in ihrer freien Zeit die „Freie Stadt" verlassen, können es aber mit Rücksicht auf die Devisensperre leider nicht tun.

Auffallend ist, daß die gegenwärtige Judenhetze in Danzig zeitlich mit einer ähnlich gearteten antisemitischen Welle in Deutschland zusammenfällt, was auf gemeinsame Direktiven oder auch auf die sich in beiden Ländern zusehends verschlechternde Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Eine der wenigen Hoffnungen der Danziger jüdischen Bevölkerung ist die beim Völkerbundsrat eingereichte Petition, über die bekanntlich Ende Juli das Dreierkomitee beraten wird. Wie gering aber die Aussichten hierfür sind, geht aus der Tatsache hervor, daß der Hohe Völkerbundskommissar in Danzig es bisher noch nicht für richtig befunden hat, gegen die steten Vergewaltigungen der Grundelemente der Danziger Verfassung und des Danziger Statuts einzuschreiten.

15 Jahre Keren Hajessod

Die Vorbereitungen für die Feier in den einzelnen Ländern • Tschechoslowakei: Gesamtstaatliche Konferenz der K.-H.-Zeichner • Vorführung des neuen Palästina-Films „Das Land der Verheißung"

Im Herbst dieses Jahres begeht der Keren Hajessod das 15. Jubiläum seines Bestehens als Aufbaufonds des neuen Palästina. Im Zusammenhang mit diesem Jubiläum werden von der Leitung des Keren Hajessod verschiedene Veranstaltungen getroffen, die den Zweck haben, die Bedeutung dieses Datums und der großen Leistung des Keren Hajessod seit seinem Bestehen zu unterstreichen. Die Weltkonferenz der Führer und Mitarbeiter des Keren Hajessod, die in Luzern einige Tage vor der Eröffnung des 19. Zionistenkongresses stattfindet, wird im Zeichen dieses Jubiläums stehen. Neben den Sitzungen, die der praktischen Arbeit des Keren Hajessod in den einzelnen Ländern in der nächsten Zukunft gewidmet sein werden, wird am Schluß der Konferenz ein feierliches Bankett stattfinden, an dem neben den Delegierten der Keren-Hajessod-Konferenz auch die bedeutendsten Führer der zionistischen Bewegung und der Jewish Agency teilnehmen werden.

In allen Ländern der Welt werden bereits heute große Vorbereitungen getroffen, um das 15jährige Jubiläum des KH. gebührend zu feiern. Das Hauptbureau des KH. in Jerusalem wird anläßlich dieses Tages eine Reihe von Broschüren und Propaganda-Material herausgeben, die der Arbeit des KH. in den fünfzehn Jahren seines Bestehens gewidmet sein werden. Die großen zionistischen Zeitungen aller Länder bereiten Spezialausgaben vor, die dem KH. gewidmet sein werden. Die Leitung des KH. in Jerusalem hat im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Feier des fünfzehnjährigen Jubiläums des KH. von einer Reihe führender jüdischer und nichtjüdischer Persönlichkeiten und Politiker in der ganzen Welt Begrüßungen erhalten. Unter anderem sind interessante, herzliche Begrüßungsschreiben vom Präsidenten der Vereinigten Staaten Franklin Roosevelt, von Minister Dr. Eduard Beneš, vom früheren britischen Kolonialminister Amery, von Lord Robert Cecil, von Eduard Herriot, vom Generalgouverneur Lord Tweedsmuir, Emil Vandervelde, General Smuts, Prof. Albert Einstein, Prof. Rapard, Prof. Siegmund Freud, von dem großen deutschen Schriftsteller und Nobelpreisträger Thomas Mann, Franz Werfel und vielen anderen großen Persönlichkeiten eingegangen. Ferner gingen Begrüßungsschreiben von Nahum Sokolow, Chaim Weizmann, Meier Dizengoff, Felix M. Warburg, Prof. Cyrus Adler u. a. ein.

*

Auch die Zentralkommission des Keren Hajessod in der Tschechoslowakei trifft bereits Vorbereitungen, um das Jubiläum unseres Aufbaufonds in würdiger und sinnvoller Weise zu feiern. Es ist eine große gesamtstaatliche Konferenz der tschechoslowakischen Keren-Hajessod-Zeichner geplant, an der auch führende Persönlichkeiten der Jewish Agency teilnehmen werden. Der neue große Palästinafilm „Das Land der Verheißung", ein Werk Leo Herrmanns, soll in allen Städten der Republik aufgeführt werden. Gleich zu Beginn der Herbstarbeit wird der Keren Hajessod mit verstärkter Intensität seine neue große Kampagne beginnen.

Nach langjährigen Kämpfen wieder zionistische Einheitsfront in Rumänien

Bukarest. (JTA.) Dem Vizepräsidenten des Zionistischen Aktionskomitee und Mitglied des Direktoriums des Keren Hajessod, Josef Sprinzak, ist es während seines Aufenthaltes in Rumänien, wohin er zur Vorbereitung der Kongreßwahlen aus Palästina gekommen war, gelungen, die seit Jahren getrennten und einander befehdenden zionistischen Gruppen des Altreiches wieder zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen. Im Hinblick darauf, daß die Zerrissenheit des rumänischen Zionismus tiefer ging als die innerzionistischen Gegensätze in irgendeinem anderen Lande und die angesichts der akuten Judennot in Rumänien besonders wichtige Palästinaarbeit völlig lahmzulegen drohten, werden die erfolgreichen Bemühungen Josef Sprinzaks allgemein als außerordentliche organisatorische Leistung gewertet.

Unter dem Vorsitz Josef Sprinzaks fand eine Konferenz der Vertreter sämtlicher zionistischer Parteien statt, an der von der Vereinigung Allgemeiner Zionisten Horiah Carp, Dr. S. Baruch, Michel Leiba und Dr. Mibashan, von den Verbänden „Zeire Zion" und „Poale Zion" Adv. J. Lerner, Dr. Szöny, Adv. S. Entzer und Dr. Beider, von der radikalzionistischen Gruppe „Renasterea" der ehem. Abgeordnete Dr. Samuel Singer, Adv. Mizraky, Adv. Segall und Adv. Moscowici, als Vertreter der bisherigen Rumpfexekutive die Mitglieder der Judenstaatspartei Philipp Rosenstein und der ehem. Abgeordnete Mischu Weißman teilnahmen. Es kam zu einer restlosen Verständigung. Von den Vertretern aller Gruppen wurde ein Abkommen unterzeichnet, wonach sämtliche zionistischen Kräfte des Landes, unter der provisorischen Leitung der bisherigen Exekutive zusammengefaßt werden. Ein Wahlkomitee, in dem alle Parteien paritätisch vertreten sein werden, soll eine zionistische Landeskonferenz für Dezember 1935 vorbereiten, die eine neue Exekutive wählen wird. Das aktive Wahlrecht wird ausnahmsweise allen Schekelzahlern zuerkannt, die bis zum 1. Dezember ihren Beitritt zur Landesorganisation vollziehen. Grundsätzlich wurde vereinbart, daß die zionistische Organisation als solche, sich nicht mit Landespolitik zu befassen hat, und daß allen Mitgliedern der Organisation die Art ihrer Betätigung in der Landespolitik freigestellt wird. Diesem Beschluß kommt im Hinblick auf die Gegensätze zwischen Jüdischer Reichspartei und der Union rumänischer Juden in landespolitischen Fragen hohe Bedeutung zu.

Es wurde ferner folgender Leitsatz beschlossen: Die Zionisten Rumäniens sind verpflichtet, bei ihrem Auftreten in der Oeffentlichkeit stets die jüdische Würde zu wahren und nichts zu unternehmen, was den Grundsätzen der nationalen jüdischen Politik widerspricht.

Tschechoslowakei — Palästina

Tätigkeit des Palästinaamtes in Prag für die Zeit vom 17. April 1934 bis 17. Juni 1935

Unsere Tätigkeit in Zahlen.

Kategorie	Zertifikate	Personen	Insgesamt Zert.	Insgesamt Pers.
Chaluzverbände:				
Hechaluz	116	167		
Misrachi	39	81		
Brit Trumpeldor . .	17	29		
Hanoar Hacioni . .	6	10		
Agudas Jisroel . .	17	25	195	312
Bodedim, Industrizertifikate, Bauernzertifikate .	161	439	161	439
Kapitalisten	89	208	89	208
Anforderungen: Krowimzertifikate .	98	169	98	169
Rabbinerzertifikate Schülerzerfikate . .	10	29	10	29
Deutsche Emigranten: Chaluzim Bodedim	113	214	113	214
Deutsche Emigranten: Kapitalisten . . .	16	36	16	36
Litauer	6	7	6	7
			688	1414

Der Drang nach Erez Israel.

Die Zahl der in Hachscharah befindlichen Chaluzim wächst jeden Monat. Augenblicklich sind mehr als 1500 Menschen in Hachscharah im Rahmen der verschiedenen Verbände untergebracht.

In den Handwerkerorganisationen „Haowed und Hapoel Hadati" sind mehr als 4000 Menschen organisiert. Alle erwarten mit Sehnsucht den Augenblick ihrer Alijah.

Beim Palästinaamte liegen an 1500 Gesuche von Bodedim, die nach jahrelanger zionistischer Arbeit die Uebersiedlung nach Palästina antreten möchten.

Die Chaluzverbände ordnen ihre Menschen nur dann in Hachscharah ein, wenn sie mindestens ein Jahr im Snif des betreffenden Verbandes organisiert waren. Die Verbände sorgen dafür, daß ihre Mitglieder an allen zionistischen Aktionen aktiv teilnehmen.

Die Tätigkeit der Chaluzverbände und insbesondere deren Hachscharah, wird vom Palästinaamte fortlaufend kontrolliert. Die Lage der Hachscharah-Plugoth ist außerordentlich schwer, es bedarf der allergrößten Anstrengungen, um die Existenz der Plugoth einigermaßen zu sichern.

Außertourliche Zertifikate.

In diesem Jahre erhielten wir Fachzertifikate und die sogenannten Bauernzertifikate. Wir haben in beiden Fällen mit den Industriellen und mit dem Vertreter der Hitachduth Haikarim gut zusammen gearbeitet. Trotzdem es keine Reibungen gab, war aber die Palästinakommission der Meinung, daß es unrichtig ist, wenn Zertifikate durch Einzelpersonen verteilt werden, da sie die Autorität der Jewish Agency und ihrer Instanzen in erster Linie zu schützen wünscht.

Die Kapitalisten-Alijah.

Die Abfertigung der Gesuche von Kapitalisten erfolgte durch das Palästinaamt, wobei alle mit deren Alijah zusammenhängenden Arbeiten vom Palästinaamte durchgeführt wurden. Das Gesuch wird vom Palästinaamt durch Vermittlung der englischen Gesandtschaft an die Palästinaregierung weitergeleitet. Nachdem die Bewilligung des Zertifikates einlangt, überreicht das Palästinaamt das entsprechende Ansuchen an die Nationalbank zwecks Erlangung der Devisenbewilligung. Das Palästinaamt stellt dann dem Zertifikatsinhaber die erforderlichen ärztlichen Formulare zur Verfügung und ermöglicht die Abwicklung der Uebersiedlung.

Deutsche Emigranten.

Das Palästinaamt hat sich gleich nach dem Umsturz in Deutschland dem Hilfskomitee zur Verfügung gestellt. Im Laufe des letzten Jahres ist die Zusammenarbeit eine noch innigere geworden. Das Palästinaamt ist in der Zertifikatkommission für die deutschen Emigranten vertreten und übermittelt die Gesuche an das Berliner Palästinaamt, sowie die Entscheidungen der Palästinakommission in Berlin an die Zertifikatsbewerber. Das Palästinaamt hat im Laufe des letzten Jahres auch den Kapitalisten aus Deutschland die Uebersiedlung nach Erez Israel ermöglicht und ihnen in jeder Weise geholfen.

Das Palästinaamt überwacht auch die Hachscharah des deutschen Hechaluz und kontrolliert seine Tätigkeit. Die Anträge des Hechaluz werden vom Palästinaamt in Prag an das Palästinaamt in Berlin weitergeleitet.

Touristik.

Das Interesse für Palästina zeigte sich auch in diesem Jahre in einer Steigerung der Touristik. Das Palästinaamt hat auch in diesem Jahre den größten Teil der Touristik zu beeinflussen vermocht. Dank der innigen Zusammenarbeit mit dem vom Zionist. Landesverband geschaffenen Reisebureaus gelang es die Touristik so zu gestalten, daß die zionistische Bewegung aus ihr ungemein gewinnen konnte. Es wurden vom Palästinaamte gemeinsam mit dem Reisebureau in unserer Berichtszeit

384 Touristen

abgefertigt, wobei die Makabiah inbegriffen ist.

Parteiverkehr und Korrespondenz.

Es sprechen täglich im Durchschnitt an 40 Personen beim Palästinaamt vor und verlangen Informationen über Alijah, Einordnungsmöglichkeiten in Erez usw. Das Palästinaamt erhält täglich ungefähr 70 bis 80 Briefe und erledigt an 60 Briefe im Tag.

Unsere Vertrauensärzte.

Dem Palästinaamte haben sich in freundlicher Weise mehr als 20 Aerzte zur Verfügung gestellt. Die ärztliche Untersuchung der Olim aller Kategorien geschieht in gewissenhaftester Weise.

Karpothorußland.

Das Palästinaamt hat die Jewish Agency schon mehrmals auf die besonders schwierige Lage in Karpathorußland aufmerksam gemacht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Karpathorußland werden immer schwerer, die Zahl der Zertifikatsbewerber wird immer größer, unsere Forderung auf besondere Berücksichtigung Karpathorußlands daher immer dringender. Das Palästinaamt hat durch seinen Leiter Karpathorußland mehrmals besuchen lassen um so den erforderlichen Ueberblick über die Lage in Karpathorußland zu gewinnen und in engeren Kontakt mit der dortigen jüdischen Bevölkerung zu treten. Es gelang auch dem Palästinaamte mit dem karpathorussischen Judentum in innige Verbindung zu treten. Das Palästinaamt darf mit Recht sagen, daß es die bekannteste Institution ist, an die sich die Juden aus Karpathorußland vertrauensvoll wenden.

Das Palästinaamt richtet auch in diesem Bericht an die Jewish Agency neulich das Ersuchen, bei der Zertifikatverteilung die Lage in Karpathorußland zu beachten. In diesem Zusammenhang fordert das Palästinaamt weiter, daß die Jewish Agency die Olim aus der Slowakei und Karpathorußland in gleicher Weise behandelt, wie die Olim aus Polen, Litauen usw. Das Palästinaamt erwartet, daß die Jewish Agency bei der Bestimmung der Steuern für die östlichen Gebiete der Tschechoslowakei die gleichen Richtlinien in Anwendung bringen wird, wie bei den Oststaaten Europas.

Wir und die englische Gesandtschaft.

Die Beziehungen zwischen dem Palästinaamte und der englischen Gesandtschaft sind sehr gute. Die Gesandtschaft entspricht unseren Forderungen in jeder Weise und kommt uns auf allen Gebieten entgegen. Der Leiter des Immigrations-Departements der Jewish Agency, Herr Jischak Grünbaum und Herr Barlas, hatten Gelegenheit, festzustellen, daß die Zusammenarbeit reibungslos vor sich geht.

Jakob Edelstein,
Leiter des Palästinaamtes.

Wahlkampagne in Tel Awiw

Von unserem Korrespondenten.

Die Stadtratswahlen in Tel Awiw sollen, wie man hört, nicht im Juli, sondern mehrere Monate später stattfinden. Die Gründe hierfür sind zweierlei: erstens ist die Wahlkommission mit der Ueberprüfung der eingelegten Proteste beschäftigt und zweitens will der „bürgerliche" Block in der Stadtverwaltung Zeit für Propaganda und Aufbesserung seiner Leistungen gewinnen.

Gleich beim Ausschreiben der Wählerlisten wurden Tausende von Untermietern von der Wahlbeteiligung ausgeschlossen. Laut Verordnung der Städte und Munizipalitätsgesetz der Landesverwaltung sind alle Einwohner einer Stadt zur Wahl berechtigt, soweit sie das 21. Lebensjahr erreicht haben, mindestens ein Jahr bis zur Ausschreibung der Wahlen ortsansässig waren und 500 Mil im Laufe der letzten Jahre an Steuern an die Stadtverwaltung entrichtet haben. Die Regierung hat den Untermietern ebenfalls das Wahlrecht zugesprochen, sofern sie den obigen Bedingungen entsprechen, und dank den Bemühungen der Arbeitervertreter ist es gelungen, den Untermietern schon bei dieser Wahl das Wahlrecht zu gestatten.

In Tel Awiw ist es üblich, daß die Vermieter den Preis eines Zimmers so kalkulieren, daß der Untermieter dem Vermieter die auf seinen Teil entfallende Mietsteuer mit dem Mietvertrag bezahlt. Sofern also ein Einwohner in der Stadt Tel Awiw als Untermieter gewohnt hat, ist es ausgeschlossen, daß er keine Steuern an die Stadtverwaltung gezahlt hat. Während aber die Wohnungsinhaber ihre Steuern direkt an die Stadtverwaltung entrichten und einen Beleg dafür bekommen, muß der Untermieter, der indirekt zahlt, eine Bescheinigung vom Vermieter haben, die es glaubwürdig macht, daß der Untermieter in der Tat bei X. oder Y. zur Miete wohnte und außer dem Mietpreis noch soundso viel an Steuern an die Stadtverwaltung gezahlt hat. Da Untermieter in Tel Awiw, wie überhaupt im Lande, ihre Zimmer oft wechseln, müssen sie öfters einige solcher Bescheinigungen herbeischaffen, um den Wahlbedingungen gerecht zu werden. Einen anderen Weg gibt es kaum, denn ein Einwohnermeldeamt ist hier nicht vorhanden.

Der Tatbestand, daß sich für die Untermieter die Histadruth einsetzte, genügte dem Leiter der von der Regierung bestätigten Wahlkommission zu erklären, daß die beigebrachten Bescheinigungen der Untermieter alle gefälscht seien. Er strich ohne Rücksicht Tausende von Untermietern aus den Listen und weigerte sich energisch, eine Prüfung der Fälle und der eingereichten Proteste vorzunehmen. Es fehlte nicht dabei an Komik. So wurden z. B. aus den Listen Männer wie Abraham Harzfeld (Leiter der Arbeiteransiedlung, Mitglied des AC., 26 Jahre im Lande und seit 14 Jahren in Tel Awiw wohnhaft), Schaul Czernichowski (berühmter hebräischer Dichter und seit mehreren Jahren in Tel Awiw ansässig), Abraham Schlonski (Dichter, aus den Kreisen der Arbeiterschaft hervorgegangen, seit langem in Tel Awiw wohnhaft) usw. gestrichen. Die zentrale Wahlkommission stellte sich nämlich auf den naiven Standpunkt, daß die Stadtverwaltung von den Untermietern keine Steuern verlange. Beide Teile, die Untermieter und ihre Vertretung und die zentrale Wahlkommission, ließen es auf eine gerichtliche Klärung ankommen. Die erste Entscheidung des Gerichtshofes erklärte die Massenstreichung für unzulässig. Man schritt zu den Einzelprozessen über. Bis heute fielen die Prozesse zugunsten der Untermieter aus, und das Endresultat wird in allen Kreisen mit Spannung erwartet.

Die effektiven Leistungen der Stadtverwaltung während ihrer Amtsperiode (1932/35) wurden von den Faktoren wie „Prosperity", Pressereklame und Touristenlob bei weitem überschätzt. Diese hat auch ganz klar die sich seit Wochen hinschleppende Debatte über das Budget von 400.000 £P für das Jahr 1935/36 bewiesen. Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren große Einnahmen gehabt. Von Jahr zu Jahr vergrößerte sich das Budget sprunghaft. Die Ursache dieser Steigerung ist lediglich in der großen Einwanderung zu suchen. Als Beweis kann die Einnahme im Baugewerbe und an den Wassersteuern dienen; die letztere stieg von 22.770.926 £P im Jahre 1931 bis auf 63.652.122 £P im Budgetjahr 1934/35. Das besagt, daß die Einnahmen von einer konjunkturellen und nicht strukturellen Budgetpolitik herrühren. Die Feststellung gilt auch für die Ausgabenseite der Budgetpolitik. Die Stadtverwaltung konnte eine Anleihe von 1,000.000 £P aufnehmen. Dennoch wird man vergeblich nach „Reserven" in der Budgetvorlage alle drei Jahre hindurch suchen. Man fragt mit Recht in diesem Zusammenhang, welche Einnahmen die Stadtverwaltung zum Bau von billigen Wohnungen für Minderbemittelte und Neuankömmlinge erschlossen hat. Man will wissen, was die an der Stadtverwaltung angegliederte „Siedlungskommission" effektiv geleistet hat. Hat die Stadtverwaltung überhaupt eine Wohnungs- und Siedlungpolitik getrieben? Hat sie etwas Nennenswertes zur Bekämpfung der Bodenspekulation und Sicherung von Boden für städtische Zwecke getan?

Auch die zweifelhafte zionistische Haltung der Stadtverwaltung hat das wenig Positive, das sie geleistet hat, in Mißkredit bei den progressiven Gruppierungen der Stadt gebracht. Die Stadtverwaltung hat mit aller Energie versucht, die Jewish Agency bei den Verhandlungen mit der Regierung systematisch auszuschalten. Sie hat ihr Schulwesen vom Gesamtnetz der „Knesseth Jisrael" herausgerissen.

Der Konflikt „Persitz—Rokach" kann alle, die sehen wollen und können, darüber belehren, daß die Zustände in der Stadtverwaltung provinzielle sind und daß die Führung dem zionistischen Interesse genau entgegengesetzt verläuft. Angesichts der steigenden Not unter den Bewohnern der Stadt auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens arbeitete Frau Persitz als Leiterin des Schuldepartements einen Plan für neue Schulen und Kindergärten aus. Sie richtete ferner ein Jugendamt für verwahrloste Kinder ein und wollte dafür speziell 10.000 £P aufgebracht wissen. Bei der Budgetvorlage und Debatte erklärte der zweite Bürgermeister, Herr Rokach, daß er den Posten „Schul- und Bildungswesen" mit Rücksicht auf die ihm bekannte Stellungnahme der Regierung zum Budget von 115.000 auf 90.000 £P reduzieren müsse. Als ihm Frau Persitz vorwarf, diese Reduktion schon vorher mit dem Distriktkommissar ausgemacht zu haben, bestritt Herr Rokach dieses energisch. Frau Persitz bemühte sich während der Sitzung zum Telephon und unterbrachte dem Stadtrat die Richtigkeit ihrer Vermutung. Dieser peinliche Zwischenfall brachte eine Reihe von weiteren Konflikten mit sich, die dazu angetan waren, den unhaltbaren Zustand in der Leitung und im Rate der Stadt allen klar vor Augen zu führen. Bei aller Wertschätzung der Person des Herrn Dizzengoff muß man feststellen, daß er am wenigsten an der Geschäftsführung der Stadt und der Richtung der Stadtverwaltung beteiligt ist. Faktisch leitet die Geschäfte Herr Rokach, und er hat auch die Mehrheit der Stadtverwaltung hinter sich.

Politisch sind die Wahlen zur Stadtverwaltung von großer Bedeutung. Erstmals erfaßt Tel Awiw mehr als ein Drittel der jüdischen Bevölkerung im Lande überhaupt. Zweitens werden die Ergebnisse der Wahlen bestimmend sein für die Landespolitik des Waad Leumi und die Stärkung der zionistischen Organisation und ihrer Exekutive in Jerusalem. Drittens wird gerade die Stadt Tel Awiw, da sie zum größten Teil vom Zustrom neuer Einwanderer lebt, in Zeiten einer Krise den Brennpunkt aller materiellen und sozialen Konflikte abgeben. Tel Awiw braucht mehr als ein anderer Punkt des jüdischen Siedlungswerkes im Lande einen homogenen und zielbewußten Kreis von Reformatoren, die rechtzeitig eine Wendung herbeiführen und prophylaktische Arbeit leisten können. Bei der Er-

---

Josef Wechsberg:

Napoleon und die Juden

Geschichtliche Vergleiche stehen meist auf schwachen Füßen. Man kann die Diktatur Hitlers von 1935 nicht mit der Diktatur Napoleons von 1812 in einem Atem nennen; die sozialen und kulturpolitischen Verschiedenheiten der beiden Epochen sind zu groß. Aber man kann gewisse Probleme herausheben und kritisch beleuchten, besonders wenn ihre Aktualität anno 1812 nicht weniger groß war als heute.

War Napoleon Antisemit? Die Frage ist eindeutig. Auch die Antwort ist eindeutig. Sie lautet: nein!

Im Jahre 1928 hat Robert Auchel bei den Presses Universitaires in Paris sein Buch „Napoléon et les juifs — Napoleon und die Juden" erscheinen lassen. Zu einer Zeit also, da er die heutige Entwicklung des Hitlerregimes bestimmt nicht voraussehen konnte. Beweis für die Objektivität des Werkes. Der Autor hat an Hand von Dokumenten und Tatsachen bewiesen, daß Napoleon weder Antisemit war noch während seiner legislativen Tätigkeit als Kaiser ein einziges Gesetz geschaffen hätte, das sich gegen die Juden als solche richtet. Auchel hat es nicht nötig gehabt, spitzfindige Folgerungen und gekünstelte Antithesen anzuführen. Dokumente sollen sprechen.

Im Jahre 1808 schrieb Bonaparte an den Großrabbiner von Düsseldorf: „Alle Menschen sind Brüder vor Gott, welches auch immer ihr religiöses Bekenntnis ist. Ich bin nicht froh darüber, daß die jüdischen Gemeinden in meinem Reiche sind, denn durch ihre ethnischen Besonderheiten formen sie einen Fremdkörper in dem einheitlichen Volkskörper der Nation. Ich bin nicht froh darüber, daß sie ihre ethnischen Besonderheiten beibehalten und die Assimilation vermeiden. Aber ich könnte es mit meiner ganzen Lebensphilosophie nicht vereinbaren, sie nur wegen ihrer Rasse und Religion zu verfolgen …" und dann heißt es wörtlich weiter: „Je considére la question juive sous son aspect race et religion avec indifférence — ich betrachte die jüdische Frage unter dem Gesichtspunkt von Rasse und Religion mit Gleichgültigkeit."

Napoleon war demnach weit davon entfernt, ein Philosemit zu sein. Aber er hatte das, was die Engländer „Loyalties" nennen — Loyalität. Das Gesetz vom 3. September 1807 fixiert den bürgerlichen Zinsfuß mit 5%. Ein Gesetz, das nachweislich nur die jüdischen Geldverleiher betraf. Napoleon bezeichnet es in einem Schreiben an seinen Bruder Jérôme ausdrücklich als „une loi générale — ein allgemeines Gesetz". Sein Hofdekret vom 17. März 1808 bestimmt, daß die jüdischen Kleinhändler und Wiederverkäufer ihren Beruf nur auf Grund einer alljährlich zu erneuernden Bewilligung auszuüben dürfen. Aber — wohlgemerkt — das Dekret fügt hinzu, daß die Bewilligung als an alle erteilt gilt und nur für den Fall zurückgezogen wird, wenn ein Kaufmann der Wucherei überführt werden sollte. Einige Jahre später wurde es auf alle französischen Kaufleute — auch die nichtjüdischen — ausgedehnt.

Es kann Napoleon nicht leicht geworden sein, diese liberale Großzügigkeit zu üben. Die Revolution hatte die Lage der Juden wohl gebessert — der Haß gegen sie war geblieben. Und dieser Korse, der am Gipfelpunkt der Macht über Europa stand, dachte gar nicht daran, der Volksgunst Konzessionen zu machen und etwas zu tun, „was ein freier Korse, der andere auch frei erachtet" sich zu tun geschämt hätte. Für ihn, der in seiner Heimat das Nebeneinanderleben mehrerer Völker gesehen hatte, wäre es unfaßbar gewesen, die Angehörigen eines Volkes nur und gerade deshalb zu verfolgen, weil sie einer bestimmten Rasse angehörten. Er bestimmt: Grundstücke dürfen nicht mit Hypothekarschulden belastet werden. Alle Welt weiß, gegen wen sich diese Maßnahme richtet. Aber im Gesetze selbst — das ist das Wesentliche — im Gesetze selbst findet sich nicht der geringste Hinweis auf die Bevorzugung oder Benachteiligung eines Volkes, einer Rasse. „Je ne favorise pas leur religion" sagte der Kaiser, „mais je ne veux pas persecuter une race" — ich liebe ihre Religion nicht, aber ich will eine Rasse nicht verfolgen. Es ist ein echtes Diktatorwort, dieses „Ich will nicht und ich werde nicht". Ein Diktatorwort allerdings, das vor mehr als hundert Jahren gesprochen worden ist. Jene hundert Jahre, die als „Century of progress" in Chicago der staunenden Welt gezeigt wurden … Ein Jahrhundert des Fortschritts!

Das war im Jahre 1812. Und heute?

Detlew Correr:

Das Horoskop

Im Jahre 1680 wütete in Prag die Pest. Es wurde deshalb seitens des königlichen Guberniums verordnet, daß keinerlei Bestattungen mehr auf den Friedhöfen innerhalb der Stadt stattfinden dürfen, sondern eigene Pestfriedhöfe außerhalb der Schanzen anzulegen seien.

Auch die weitere Benützung des alten, seither weltberühmten Judenfriedhofes am Hampaß wurde untersagt. Allerdings wurde in späteren Zeiten dieses Verbot gemildert, zuletzt in Ausnahmsfällen, wenn es sich um verdiente Leute handelte, bis zum Jahre 1735 freigegeben. Auch während der kurzen Belagerung durch die Preußen dürften einzelne Fälle vorgekommen sein.

Den Juden wurde ein neuer Friedhof in der Gemeinde Žižkov, u. zw. im Ortsteil Olšany zugewiesen, der, nach mehrfacher Erweiterung bis gegen das Ende des 19. Jahrhunderts im Gebrauch blieb. Der Weg für die Leichenbegängnisse, welche während der Pestzeit und späteren Choleraepidemien nur des Nachts stattfinden durften, war genau vorgeschrieben: aus der Judenstadt durch die Langegasse, über den Platz des heiligen Josef, am Hyberner Kloster vorbei und durch das neue Tor. Der Altstädter Ring durfte nicht passiert werden.

✣

Eng und schmal liefen die Gassen und Gäßchen in der Judenstadt zusammen, jedes Fleckchen nach Tunlichkeit verbaut, die kleinen Höfe durch Schuppen noch mehr eingeengt, so daß in manchen Wohnräumen nur selten und nur kurze Zeit ein Sonnenstrahl hereinfiel. Zusammengepfercht hausten die vielköpfigen, kinderreichen Familien. Trotz aller rituellen Reinlichkeit war es nicht möglich, Unsauberkeit mit allen ihren gesundheitsschädigenden Folgen fernzuhalten, und wenn die oft wiederkehrenden Epidemien nicht noch schrecklicher in der Judenstadt wüteten, war dies zum Großteil nur der Enthaltsamkeit und Anspruchslosigkeit der damaligen Bewohner zuzuschreiben. Besonders aber war die Kindersterblichkeit eine große.

Trotzdem herrschte aber doch hoher Jubel, wenn ein neuer Weltbürger innerhalb des Eiruw, des absperrenden Drahtes, das Licht erblickte. Besonders, wenn es ein Knabe war. Ein neuer Bekenner, ein neuer Gotteskämpfer, ja ein neuer Gelehrter und Forscher, wenn es Gottes Wille sei. Man vergaß gerne, was man so oft miterlebt, ja am eigenen Leibe empfunden hatte, daß der Großteil aller dieser Knaben, deren Geburt man zugejubelt hatte, die Anlaß zu Glück- und Segenswünschen geboten hatten, doch im Elend endete, im täglichen schweren und mühsamen Lebenskampfe.

Man gab den Kindern glückbringende oder be-

füllung dieser Aufgaben kann man sich eine tüchtige Stadtverwaltung ohne eine zahlenmäßig starke Vertretung der Histadruth und ihrer Freunde kaum denken. Man wendet bei dieser Konzeption oft ein, daß die Histadruth schon einmal die Stadtverwaltung in Tel Awiw beherrscht hat. Die Histadruth hat im Jahre 1925 die Stadtverwaltung in Tel Awiw zu einer Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruches und einer Arbeitslosigkeit von vielen Tausenden übernommen. Sie hat trotzdem in der damaligen Situation gerettet, was noch zu retten war und der Stadt Tel Awiw einen ungeheuren Besitz an Boden für städtische Zwecke hinterlassen, so wird z. B. das zweite Stadtkrankenhaus auf einer Fläche von 50 Dunam dieses Jahr erbaut, welche die so viel bescholtene Arbeiterstadtverwaltung der Krisenjahe 1925/27 erworben hat. Auch die unzähligen Schulen, die in das Bauprogramm der Stadtverwaltung heute aufgenommen worden sind, werden auf Flächen der Stadt erbaut, die durch dieselbe Stadtverwaltung der Stadt gesichert worden sind. Die Arbeiterschaft im Lande und die Histadruth haben durch die Verwirklichung ihres Wirtschaftsprogramms in den vielen Jahren nach der Krise 1925/27 Gelegenheit genug gehabt, ihr Verständnis für Wirtschaftsunternehmungen aller Art unter Beweis zu stellen. Die zionistische Exekutive, die ja zum Teil aus Arbeitervertretern zusammengesetzt ist, hat ebenfalls Leistungen auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft und Verantwortung aufzuzeigen, die im Lande beispiellos dastehen. Es besteht also gar keine Gefahr, daß die künftige Stadtverwaltung Schiffbruch erleiden wird, wenn sie eine starke Vertretung der Arbeiterschaft haben sollte. Der bürgerliche Block der Stadtverwaltung wird bei der Wahlkampane mit dem Anschwärzen der Arbeiterschaft und mit dem Ausmalen der „linken Gefahr" nicht viel Glück haben. Die obigen Tatsachen und die Leistungen der Arbeiterschaft sprechen viel mehr als noch so manche Propagandamittel.

Moscheh Brachmann.

Gründung der Čechoslovak-Palestine Bank Ltd.

Haifa. (Palnews.) Wie wir erfahren, wurde in Haifa eine neue Bank, Czechoslovak-Palestine Bank Ltd., gegründet. Die Gründung erfolgte durch die Firma Philipp Meyer & Co. mit 50.000 paläst. Pfund registriertem Kapital, von denen 25.000 paläst. Pfund eingezahlt wurden. Die Bank wird im Oktober 1935 im neuen Gebäude des Merkaz Mischari in Haifa eröffnet werden.

Die Bank wird die Entwicklung der Ein- und Ausfuhr zwischen Palästina und der Tschechoslowakei fördern. Zu diesem Zweck wird die Bank ein Lager tschechoslow. Waren in Haifa und eine ständige Ausstellung von Palästina-Waren in Prag einrichten. Die Firma Philipp Meyer & Co. hat die Verbreitung der Aktien übernommen.

Wiederum Unruhen in Algerien

In Tiaret, einer Stadt im Bezirk Oran in Algier, kam es nach einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern zweier politischer Parteien, von denen eine antijüdisch eingestellt ist, zu ernsten antisemitischen Zwischenfällen. Ein Jude feuerte in der Notwehr einen Revolver ab, wodurch eine Person schwer und eine zweite leicht verwundet wurden. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. (JTA.

Gründung einer Papierfabrik in Palästina. Haifa (Palnews). In Atlit steht die Gründung einer Papierfabrik auf von der PICA gepachtetem Boden bevor. Die 50 Dunam umfassende Bodenfläche liegt zwischen Eisenbahnlinie und Meer. Die Maschinen sind bereits aus dem Auslande eingeführt und der Bau ist in Angriff genommen worden. Die Fabrik wird Packpapier und Briefumschläge produzieren und 80 Arbeiter beschäftigen. Die Tätigkeit der Fabrik soll in 4—5 Monaten einsetzen. Die seit 1929 in Tel-Awiw bestehenden „Oriental Paper Works" werden nach Atäit übersiedeln und mit dem neuen Unternehmen fusioniern.

Steigerung der Zahl der jüdischen Arbeiter in den Kolonien. Nach den Ziffern der Landwirtschaftszentrale bei der Histadruth betrug die Zahl der jüdischen Arbeiter, die Mitglieder der Histadruth sind, in den 8 größten jüdischen Kolonien (Petach Tikwa, Rechowot, Chedera, Rischon l'Zion, Kfar-Saba, Herzliah, Raanana und Ness-Ziona) am 1. Oktober 1934 4651 Mann, die als einzelne Lohnarbeiter arbeiten, und 2843 Mann, die in Kwuzot und Kibbuzim in der Nähe der Kolonien arbeiten. Am 1. April 1935, d. h. ein halbes Jahr später, war die Zahl der jüdischen Arbeiter, die Mitglieder der Histadruth sind, in den Kolonien auf 6359 einzelne Arbeiter (Steigerung von 38%) und 3094 Mann, Mitglieder von Kwuzot und Kibbuzim, gestiegen. (Palcor.)

Nur wer Hebräisch kann, erhält ein Zertifikat. Bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Warschau äußerte der Leiter des Einwanderung-Departements der Jewish Agency, Jizhak Grünbaum, daß ab April 1936 niemand ein Zertifikat bekommen werde, der nicht die hebräische Sprache beherrsche. Jeder, der zur Alijah komme, so erklärte Jizhak Grünbaum, müsse auch bereit und reif zum Aufbau Erez Israels sein. Wir wollen nicht die Tore von Erez Israel vermauern. Aber jeder, der nach Erez Israel will, muß sich den Forderungen des Palästinaaufbaues fügen. (JTA.)

Der Allgemein-zionistische Hechaluz schließt sich der Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten an. Jerusalem. (Palcor.) In der letzten Woche fand in Tel Awiw eine Konferenz der Einwanderer des „Allgemein-zionistischen Hechaluz" aus Polen statt. An der Konferenz nahmen 50 Delegierte teil. Nach ausführlicher Debatte über die Aufgabe des Allgemein-zionistischen Hechaluz und seine zukünftige Tätigkeit in Palästina wurde beschlossen, sich als einheitlicher Block mit den gesamten Allgemein-zionistischen Jugendbewegungen zu organisieren und sich der Weltvereinigung der Allgemeinen Zionisten (Fortschrittlichen) anzuschließen. Gleichzeitig beschloß die Konferenz, daß alle Mitglieder des Allgemein-zionistischen Hechaluz in die Histadruth als selbständige Abteilung eintreten. Die Konferenz beschloß, die Gründung der Gruppe des Allgemein-zionistischen Hechaluz in Ramoth-Haschawim zu begrüßen. Es wurde ein Sekretariat eingesetzt, das die Angelegenheiten der Bewegung in Palästina leiten wird.

Die Bauunternehmer-Genossenschaften der Histadruth in Tel Awiw, Jerusalem und Haifa haben in diesem Jahre (1935) bereits Bauarbeiten im Gesamtwerte von über 1 Million £P übernommen. Im vorigen Jahre (1934) führten die drei Baugenossenschaften Arbeiten nur im Werte von 600.000 £P aus. (Palcor.)

Leopold Jeßner kommt zur „Habimah" nach Palästina. Der berühmte deutsch-jüdische Regisseur Leopold Jeßner kommt nach Palästina, um an der „Habimah" bei der Inszenierung einiger Vorstellungen mitzuwirken. Das erste Stück, das die „Habimah" unter der Regie Jeßners aufführen wird, wird „Der Kaufmann von Venedig" von Shakespeare sein.

Eine neue Arbeitersiedlung. In den nächsten Tagen beginnt man bei Petach Tikwah ein neues großes Arbeiterviertel zu errichten, das den Namen „Kfar Sirkin" tragen wird. Die Siedlung wird auf KKL-Boden errichtet und wird aus 105 Häusern für die Arbeiter von Petach Tikwah bestehen. Jede Arbeiterfamilie wird neben ihrem Hause eine Hilfswirtschaft von 5 Dunam besitzen. Der Kredit für die Errichtung dieser neuen Siedlung wurde seitens der neuen Gesellschaft für den Bau von Arbeiterhäusern in den Kolonien gewährt, die auf Initiative der Jewish Agency geschaffen worden ist. (Palcor.)

Ein neues Gebäude für die Kupat Cholim. Der Bau eines neuen Gebäudes für die Krankenkasse der Histadruth Haowdim, Kupat Cholim, ist in Jerusalem beendet worden. Das neue Gebäude befindet sich im Zentrum von Jerusalem in der Ben-Jahuda-Straße. Die Baukosten haben mehr als 5000 Pfund betragen. In dem Gebäude befinden sich die Ambulatorien für innere Krankheiten, für Haut-, Hals-, Nasen-, Ohren- und Augenkrankheiten. Weiterhin sind Ambulatorien für Kinderkrankheiten und für Zahnkrankheiten und Laboratorien für Bakteriologie und Röntgenologie vorhanden. Die Kupat Cholim zählt in Jerusalem und Umgegend 2500 Mitglieder mit 6000 Seelen, die die Kasse in Anspruch nehmen. (Jta.)

Die Arbeiter-Bank erhöht ihr Aktien-Kapital auf 100.000 Pfund. Das gesamte Kapital der Bank wird 130.000 Pfund betragen. Die palästinensiche Arbeiter-Bank beschloß, ihr Aktien-Kapital durch Ausgabe einer neuen Emission von Aktien in Höhe von 18.000 Pfund auf 100.000 Pfund, zu erhöhen. Das bisher eingezahlte Aktienkapital der Bank beträgt 82.00 LP. Auf diese Weise wird das Kapital der Arbeiter-Bank zusammen mit ihren Reserven in Höhe von 30.000 Pfund einen Gesamtbetrag von 130.00 LP erreichen. (Palcor.)

PRESSESTIMMEN

Aktivität deutscheru Nationalsozialisten in England.

Der „Manchester Guardian" berichtet, daß die deutschen Nationalsozialisten in England eine starke Aktivität entfalten und sich zuletzt sogar den Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. Dr. Groß zu einem Vortrag haben herüberkommen lassen. Es hatten sich zu demselben etwa 500 Personen, hauptsächlich weibliche Hausangestellte, Kellner, aber auch Ladeninhaber und Handwerker, eingefunden. Dr. Groß und der Londoner Naziführer Dr. Bene wurden mit „Heil Hitler" begrüßt. Dr. Bene überbrachte die Grüße des deutschen Botschafters Hösch und des ersten Botschaftsrates Fürsten Bismarck. (Bekanntlich sollte im Jahre 1933 Fürst Bismarck wegen seiner jüdischen Abstammung mütterlicherseits aus seinem Amt entfernt werden, aber das Auswärtige Amt mit Dr. Neurath an der Spitze konnten dies verhindern.) Dr. Groß, der in Deutschland eine scharfe judenhetzerische Sprache zu führen gewohnt ist, suchte sich in London zu mäßigen. Rassismus, sagte er, sei nicht identisch mit Antisemitismus; zufällig sei die rassische Minderheit in Deutschland jüdisch, sie hätte ebensogut japanisch oder der Negerrasse zugehörig sein können. Die Judenpolitik des Dritten Reiches habe mit Haß und Verfolgung nichts zu tun. Die Behauptung, das Dritte Reich beraube die Juden ihrer Existenzmöglichkeit, sei Lüge. Zweifellos habe die Rassenpolitik manche Tragödien zur Folge, aber das sei nicht zu vermeiden, wenn man will, daß die kommenden Generationen glücklich seien.

Was ein Engländer in Deutschland erlebt.

Der „Daily Telegraph" veröffentlicht folgende Zuschrift eines Engländers: „Einer meiner Freunde ist kürzlich von einem Besuch in Deutschland zurückgekehrt, wo er in einem sehr renommierten Hotel einer der größten Städte wohnte. Er war dort zur Besprechung von Geschäften mit mehreren Firmen, deren Vertreter zu einem Teil Juden waren. Die Hotelleitung weigerte sich aus Rassegründen, meinem Freunde zu erlauben, diese jüdischen Geschäftsvertreter im Hotel zu bewirten, und veranlaßte ihn höflich, ihr Hotel zu verlassen. Es scheint mir unvorstellbar, daß etwas Aehnliches mit Erlaubnis der Behörden in irgendeinem zivilisierten Lande möglich wäre."

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Herr Dr. Oskar Grünbaum (Wien) ersucht uns um Abdruck der folgenden Erklärung:

In Nummer 160 der in Lemberg erscheinenden Zeitung „Der Najer Morgen", befindet sich ein von Mag. David Fränkl gezeichneter Artikel „Vor dem Urteil des 14. Juli", der folgenden Passus enthält: „Es muß die Wahrheit gesagt werden. Es ist viel ehrlicher und anständiger, ein Genosse von Van de Velde zu sein und mit ihm für die Befreiung der Menschheit zu kämpfen, als ein Verehrer der Hitler- und Dollfuß-Methoden in der Bekämpfung der Arbeiterschaft. Es ist wünschenswerter, fremde Freunde wie Blum, Liebermann, Adler, die zu der verschrienen Internationale gehören, zu haben, als eigene Freunde, Zionisten wie Oskar Grünbaum, die die Führer der Poale Zion in Wien denunzieren, sie vom Palästinaamt hinauswerfen, weil sie Marxisten sind, was in Wien gleichbedeutend mit der Auslieferung ins Konzentrationslager ist." Herr Magister Fränkel wird hiemit von mir aufgefordert, öffentlich zu sagen: 1. Wann habe ich einen Poale Zionisten denunziert und wie heißt er? 2. Wann habe ich einen Poale Zionisten aus dem Palästinaamt hinausgeworfen und wie heißt er? 3. Wann habe ich einen

rühmte Namen, damit ein Abglanz der Herrlichkeit auf sie falle, daß der alte Ruhm sich in ihnen erneuere. Aber so mancher, der auf den Namen des Königs Salomon hörte, mußte sich die ganze Woche mit dem schweren Pinkel auf dem Rücken von Dorf zu Dorf schleppen, oft verspottet, verhöhnt, manchmal auch mißhandelt, wehrlos, rechtlos, verachtet.

War der Zauber des Namens im Laufe der Jahrhunderte abgenützt, wirkungslos geworden?

Wenn es aber einem gelang, unter Verzicht auf alle Kinderfreuden, auf eine sorglose Jugend, oft hungernd und darbend seine talmudischen Studien mit Erfolg zu beenden, wenn er versprach eine Leuchte der Lehre zu werden, dann standen ihm alle Türen offen und die reichsten Leute rechneten es sich zur Ehre, ihn als Eidam zu gewinnen, wobei nach Stammbaum und Herkunft nicht viel gefragt wurde, trotzdem sonst in jedem Hause eine Jischuw-Tafel die Ahnenfolge stolz aufwies.

So war es auch mit Reb Pinches gewesen, der, an der berühmten Prager Schule aufgezogen, später die nicht minder bekannten Preßburger, mährischen und Breslauer Hochstätten des jüdischen Wissens besuchen durfte und noch jung an Jahren, einen hohen Ruf als eifriger Disputator, als glänzender Ausleger der Lehre genoß. Ja — auch die gründlichste Kenntnis der Kabbala wurde ihm flüsternd nachgesagt.

Kein Wunder, wenn man sich unter den reichen Vätern um ihn riß, galt es ja, die Ehre der eigenen Familie zu erneuern, zu beleben.

So durfte er denn auch die schöne Mirjam, eines reichen Silberschmieds Tochter als Gattin heimführen und lange noch sprach man von der Pracht dieser Hochzeit, von dem Aufwand an kostbaren Hochzeitsgeschenken, womit die reichen Angehörigen sich zu überbieten suchten.

Aber kaum zwei Jahre währte die Freude, nachdem sie sich in der Hoffnung auf Familienzuwachs aufs höchste gesteigert hatte. Eine aufregende Nacht hindurch mußte der junge Gatte in stetem Wechsel von Hoffnung und Jammer zubringen, in der Hilflosigkeit, seinem kreißenden jungen Weibe keine Linderung seiner Leiden bieten zu können.

— Groß will ich deine Schmerzen machen — diesen Gottesfluch mußte er immer wiederholen, bis man ihn des Morgens hereinrief, um einer Sterbenden den letzten Abschied zu geben, um einer Toten, neben der ein totes Kind lag, die Augen zuzudrücken.

Im dumpfen Schmerz war er zusammengebrochen, er fand keine erleichternde Träne, stumpf folgte er dem Sarge und nur seine Lippen murmelten die Worte der Ergebung in den Willen Gottes, aber sein Herz war zerrissen.

Am Grabe brach er zusammen — aber als er aus seiner Ohnmacht erwachte, da verfiel er in wildes Toben. Lästernde, gottlose Reden, vor denen alle erschraken, stieß er aus und all seine Gelehrsamkeit diente jetzt nur dazu, um mit der göttlichen Vorsehung zu hadern. Trostesworte, begütigendes Zureden prallte an ihm ab, und man mußte sich zuletzt damit begnügen, seine wilden Ausbrüche wenigstens auf die Enge einer Stube zu beschränken.

Drei Tage tobte und wütete er, Trank und Speise, ja jede Erfrischung verschmähend.. Dann brach er aufs neue zusammen und verfiel in ein hitziges Fieber, während dessen er trotz seiner Entkräftung kaum zu bändigen war; in seinen wilden Träumen rief er immer nach seiner Mirjam, bis ein tiefer Schlaf ihm die Ruhe brachte.

Als er die Augen wieder aufschlug, war er ein anderer geworden. Er ließ sich wohl willig pflegen, aber kein Wort kam über seine Lippen, nur undeutliches Murmeln. Seine Augen leuchteten ganz anders, in einem unheimlichen Lichte.

Er genas. — Aber von einer Tätigkeit wie früher war keine Rede mehr. Wohl besuchte er wie früher die Klaus, wohl verrichtete er regelmäßig die Gebete und kam auch allen religiösen Pflichten pünktlich nach, aber ohne jeden Eifer, ohne bei der Sache zu sein, wie geistesabwesend.

Er suchte die Einsamkeit und mied die Menschen. Man sah ihn wieder über den großen Büchern sitzen aber er las nicht, er studierte und grübelte nicht mehr. Nur zuweilen stieß er ein grelles Lachen hervor — da graute seiner Umgebung vor ihm, man zog sich von ihm zurück, man mied ihn auch. Dann begann er sich zu vernachlässigen, seine Kleider blieben ungereinigt, wirr hing sein Kopfhaar tief in die Stirn, wirr und struppig erschien auch der früher wohlgepflegte Bart. Und dann flüsterte man sich zu, er suche Trost im Trunke — aber ein Trinker erschien den Glaubensgenossen seiner Zeit als ein verwerflicher, lasterhafter Mensch.

Nur selten sah man ihn auf der Gasse — scheu und mit gesenktem Haupte schlich er den Mauern entlang. Die Kinder liefen hinter ihm her, sie verspotteten ihn wohl nicht, aber sie hielten sich in einiger Entfernung, seitdem er — der ihrer gar nicht zu achten schien — einmal, zweimal eines der Kleinsten mit raschen Händen zu sich emporgehoben hatte, um es stürmisch zu küssen und zu liebkosen, und dann mit schrillen Lachen wieder auf die Füßchen zu stellen.

Wenige Jahre genügten, um ihn zu einer geheimnisvollen, fast mystischen Person zu machen, der man alle schwarzen Künste und Sehergabe nachsagte. Er lebte nur von den Unterstützungen, welche sein früherer Schwiegervater und andere Wohltäter ihm zukommen ließen — aber nur heimlich — anders erlaubte es sein Stolz nicht. Das Einzige, was er sich aus seiner Vergangenheit gerettet.

Die Männer achteten seiner nicht mehr, aber die Frauen bemitleideten ihn immer noch — und wenn ein Kind erkrankt war, schlich die Mutter in später Dämmerung heimlich zu seiner mehr als bescheidenen Behausung, um sein fürsprechendes Gebet zu erbitten. Auch wenn ein Kind zur Welt kam, machte sich die Wöchnerin möglichst bald in gleicher Heimlichkeit auf den Weg, um das Schicksal des Kindes zu erfahren und den Segen des verfehmten Reb Pinches über sein Haupt sprechen zu lasen. Das erste aber, was die Frau tun mußte, war, daß sie eine Flasche starken Branntweines vor ihn hinstellte und ihm daraus eingoß — nach einem Glase brauchte sie nicht lange zu suchen, davon standen stets einige auf dem Tische.

So war es auch beim Trödler Schwarzfuß. Vor wenigen Wochen hatte ihm die Frau den ersten Knaben geschenkt, nachdem er bereits zweimal durch Töchter in seinem Hoffen enttäuscht worden war.

— E Jingel — e Jingel! — hatte der glückliche Vater tanzend gejubelt und die ganze Familie hatte mit eingestimmt. Kein Prinz hätte stürmischer begrüßt werden können.

Stolz folgte der Vater, als sein Bruder, den man mit dem „Sitzen" geehrt hatte, das Knäblein in die Synagoge trug, um es dort in die Glaubensgemeinschaft, in den Bund mit Gott aufnehmen zu lassen. Er hatte vom Vorbeter die Segenssprüche über das Kind und für die Mutter sprechen lassen und spendete Almosen reichlicher, als es seine Verhältnisse eigentlich erlaubten.

Mit glücklichem Stolze hatte die Mutter, welche noch zu Bett lag, den Knaben empfangen und an ihre Brust gezogen. Es stand fest bei ihr, so bald als möglich wollte sie den Knaben zu Reb Pinches tragen, damit er ihn bensche und sein Schicksal erkunde.

Und richtig — kaum daß sie ausgehen konnte, hüllte sie sich in ein großes Tuch, unter dem sie auch das Kind bergen konnte. Es dämmerte schon tief, als sie rasch über die Gasse lief und sich mühsam die enge finstere Stiege emportappte, welche zu ihrem Ziele führte. Sie hatte hoch zu steigen und mußte, aufgeregt wie sie ohnehin war, auch von der Anstrengung ausruhen und Atem schöpfen, ehe sie an die Tür klopfte — schüchtern — zaghaft. Ein Brummen gab ihr das Zeichen zum Eintritt. — Guten Abend und gut Jahr — grüßte sie leise. Ein unverständliches Murmeln war die Antwort, doch als der Rabbi sah, daß die Frau ihre kleine Last enthüllte, stand er auf und fügte hinzu: — „Gesegnet sei, der da kommt." —

Die Frau sah sich um, wo sie das Kind hinlegen könne, um die Hände frei zu bekommen. Der Rabbi

TURNEN UND SPORT

Hagibors Aufstieg in die zweite Klasse

Hagibor, der vom Jahre 1933 an nach elfjähriger Unterbrechung wieder im tschechischen Verband um die Meisterschaft spielt, wurde vorerst in die V. Klasse eingereiht und placierte sich am Ende der Spielsaison 1933-34 an zweiter Stelle. In der Spielsaison 1934-35 spielte die Mannschaft in der dritten Klasse und konnte wieder an zweiter Stelle enden. Nunmehr muß Hagibor in einem Qualifikationsturnier mit den drei anderen Zweitplacierten aus den anderen Gruppen des Prager Gaus um den Aufstieg in die zweite Klasse kämpfen. Das Turnier wird genau so, wie in der Meisterschaft nach Punkten gewertet und der erste steigt sodann auf.

Es ist anerkennenswert, daß die einzige jüdische Fußballmannschaft Prags, eine reine Amateurmannschaft, mit dem Aufgebot aller Energie und Fleiß und unermüdlichem Training sich so heraufgearbeitet hat, umsomehr als der größte Rivale in der dritten Klasse einige Professionals eingestellt hatte, von denen einer, Seifert, sogar ein gewesener Internationaler war. Der Hagibor, der außerhalb der Meisterschaft mit erstklassigen Vereinen seine Kräfte gemessen hat, erzielte Resultate, die in der ganzen Republik Anerkennung gefunden haben, so daß der Hagibor immer und immer wieder gerne zu Freundschaftsspielen in die Provinz eingeladen wird. Erwähnenswert sind die Resultate gegen erstklassige Gegner, wie Řevnice (2:1), SK. Dejvice (2:3), Deutsche Sportbrüder (4:0), Čechoslovan Praha (5:1), ČAFK-A. (5:2).

Es ist außer Frage, daß die Mannschaft alles aus sich herausgeben wird, um diese große Chance erfolgreich auszunützen, wenngleich außer der Qualität und dem Kampfgeist die nervliche Disposition von größter Wichtigkeit ist. Es ist anzunehmen, daß sich diesmal die breitere jüdische Oeffentlichkeit an diesen für den jüdischen Sport wichtigen Kämpfen. beteiligen wird und durch möglichst starken Besuch die Mannschaft anfeuern werden.

Schon diesen Sonntag, am 28., beginnt die erste Runde des Qualifikationsturniers. Hagibor wurde gegen Slovan XIII. ausgelost. Slovan hat erst vor 3 Wochen gegen Bohemians 3:3 gespielt, also ein Gegner von großem Format. Das Wettspiel findet um halb 11 Uhr vormittags auf dem Hagiborplatze statt. Vorher spielen die Reserven. Vorverkauf Buch-Bazar Dr. Flesch, Příkopy 27.

Makabi Berlin unternimmt Anfang August eine Tournee durch Mähren und wird in folgenden Städten Boxmatch austragen: Olmütz, Zlín, Göding und Witkowitz. Bekanntlich weilte im Vorjahr eine verstärkte Mannschaft des ČSS. Olomouc, die einer mährischen Auswahlmannschaft gleichzusetzen war, in Berlin und kämpfte damals gegen Makabi 8 : 8.

Gute Leistungen in Bad Rauschenbach wurden von den dort startenden jüdischen Schwimmern erzielt. 100 Meter frei: Dr. Steiner (Brat.) 1:03.7. — 100 m Brust: Abeles (Praha) 1:21,9; Fischer (Praha) 1:26. — 100 m frei Zöglinge: Baderle (Brat.) 1:06,2 (!!); 2. Kerfuner (Brat.) 1:09.5. — 100 m Brust Zöglinge I. Kl.: Weiß 1:29.3; 2. Steiner 1:32.2 (beide Praha). — 100 m frei Zöglinge II. Kl.: Ring (Praha) 1:19.2. — 100 m Brust Frauen: 1. Karpeles (Brat.) 1:36.2; 2. Moser (Praha) 1:48.4. — 100 m frei Mädchen: Magyar (Brat.) 1:22,6 (!!). — Karpeles wurde in das čsl. Damenteam eingereiht. — Nakache, der Makabiahzweite, gewann die französische 100-m-Feistilmeisterschaft in 1:01,2.

Der westslowakische Gau des Makabi veranstaltet sein diesjähriges Gauturnfest in Piešťany am 11. n. M. gelegentlich des zehnjährigen Jubiläums des Makabi Piešťany, zugleich mit einer feierlichen Fahnenweihe des genannten Vereines. Das Gauturnfest soll eine gewaltige Demonstration jüdischer Kraft und Selbstbewußtsein vor dem in- und ausländischen Publikum des Weltkurortes sein. Nach den langen und mühsamen Vorbereitungen verspricht das Fest den größten Erfolg, und wird gewiß alle Vereine und Anwesenden zur weiteren Arbeit anspornen. Alle Informationen erteilt die Vorbereitungskommission des Gauturnfestes des Makabi Piešťany.

II. Landeskonferenz der Allgemeinen Zionisten der ČSR.

am 28. Juli 1935 in Mähr.-Ostrau, im großen Saal des Hotel Palace-National.

Beginn 9.30 Uhr vormittags.

Tagesordnung -

1. **Eröffnung, Begrüßung, Wahl des Konf. Präsidiums.**
2. **Bericht des Präsidiums und Organisationsreferat.**
3. **Politisches- und Kongreßreferat.**
4. **Jugendreferat.**
5. **Galuthpolitisches Referat.**
6. **Generaldebatte.**
7. **Resolutionen, Wahl des Präsidiums.**

Die Beschickung der Landeskonferenz findet in der Weise statt, daß auf 20 Allgemeine Zionistische Kongreß-Wähler ein Delgierter entfällt, wobei jede Ortsgruppe das Recht auf mindestens einen Delegierten hat.

✤

Die Entwicklung des Allgemeinen Zionismus, die Probleme, die in seiner Mitte entstanden sind, sowie die große Rolle, welche der Allgemeine Zionismus in der Tschechoslowakei spielt, macht diese Landeskonferenz zu einem bedeutenden Ereignis innerhalb unseres tschechoslowakischen Zionismus. Die Bedeutung wird noch dadurch erhöht, daß die Landeskonferenz unmittelbar vor dem Kongreß stattfindet und der Politik unserer Delegierten auf dem Kongreß die Richtlinien geben wird.

Poale Zionisten ins Konzentrationslager gebracht und wie heißt er? Herr Fränkel hat zur Nennung der Namen und Daten zwei Wochen Frist, vom Tag des Erscheinens dieser Nummer. Dr. Oskar Grünbaum.

INLAND

Dr. Julius Reiß — Mitglied der slowakischen Landesvertretung

Unter den von der Regierung ernannten Mitgliedern der Landesvertretung für die Slowakei befindet sich auch der Vertreter der Jüdischen Partei, Dr. Julius Reiß (Bratislava). Bekanntlich erhielt die Jüdische Partei bei den Wahlen in die Landesvertretung in der Slowakei 36.430 Stimmen, ging damals aber mandatslos aus, weil ihr nur wenige Stimmen zur Erreichung der Wahlzahl fehlten. Wir haben sogleich nach den Wahlen geschrieben, es „bestehe die wohlbegründete Aussicht, daß die Jüdische Partei bei der Ernennung des restlichen Drittels der nichtgewählten Landesvertreter berücksichtigt werden wird".

Die Ernennung Dr. Reiß' kann um so mehr als ein Erfolg der Jüdischen Partei gewertet werden, als sie damit erstmalig in der slowakischen Landesvertretung einen Mandatar haben wird. Bei den vorletzten Landesvertretungswahlen war die Jüdische Partei gemeinsam mit der Orthodoxie vorgegangen. Der Wahlpakt, den damals beide Parteien geschlossen hatten, enthielt den Passus, daß der gewählte Landesvertreter „neutral" sein müsse und darum keiner der beiden Parteien angehören dürfe. So kam es zur Wahl Direktor Gestetners, der nicht Mitglied der Jüdischen Partei war und sich auch nicht ihrer Disziplin unterstellte. Dieser Zustand ist nunmehr beseitigt und die Interessen der slowakischen Judenheit werden in diesem wichtigen Gremium einzig durch den Mandatar der Jüdischen Partei vertreten und gewahrt werden.

Die Sommerlager des Techeleth-Lavan in Něm. Brod, weisen einen guten Besuch auf und sind vom guten Wetter begünstigt. Der Bundestag des T.-L., der vom 5. bis 7. Juli teils im Solelim-, teils im Zofimlagerobjekte stattfand, vereinte außer den Lagerteilnehmern 150 Besucher, die den Diskussionen des Bundestages mit Interesse folgten. Am 4. Juli wurde der Bundestag feierlich eröffnet. Nach einem Jiskor für unseren leider so früh dahingeschiedenen Jehuda Meerbaum und für alle großen Toten der zionistischen Bewegung in der letzten Zeit folgten Ansprachen von Vertretern des Hechaluz, der AGSZ., der Poale Zion, des Merkas Lanoar und anderer wurde der Abend beim großen Lagerfeuer mit Horrah und Gesang verbracht. Die anderen Tage brachten Diskussionen über den Weg und einzelne Fragen der Bewegung. Sonntag, den 7. d. M., um 5 Uhr wurde im Solelimlagerobjekt der Bundestag beendet. In beiden Lagern werden Erez Reliefkarten gebaut, die in Ausmaßen von 4 mal 6 und 7 mal 10 Metern, ein genaues Bild von Erez Israel mit allen Flüssen, Städten, Seen, Bahnen, Kraftwerken, Straßen usw. geben werden. In den Lagern ist bis jetzt kein Krankheitsfall vorgekommen, was wir der liebenswürdigen Hilfe des Herrn Dr. Koref, unter dessen ärztlicher Leitung die Lager stehen, verdanken. H. R.

Nachrichtendienst des Büros des XIX. Zionistenkongresses

Mitteilung Nr. 2.

1. Pässe und Visa. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement als die zuständige Stelle der schweizerischen Bundesregierung in Bern hat dem Kongreßbüro in bezug auf die Einreise der Kongreß-Teilnehmer folgende Bestimmungen bekanntgegeben: a) Inhaber gültiger Pässe aller Staaten mit Ausnahme der unter b) genannten Länder benötigen kein Schweizervisum, sondern nur gegebenenfalls ein Durchreisevisum durch zwischenliegende Länder. b) Inhaber von Pässen der Staaten Polen, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Rußland und der Türkei erhalten das Schweizer Visum von den zuständigen Schweizer Konsulaten unter Vorweisung der Kongreß-Legitimation gebührenfrei. c) Auch „Schriftenlose", das heißt solche, die keine gültigen, von der Schweiz anerkannten Ausweispapiere haben (staatenlose Inhaber von Nansenpässen, von Laisser passers usw.), ausgenommen Sowjetrussen, erhalten gleichfalls gegen Vorweisung der Kongreß-Legitimation das Schweizer Visum von der zuständigen Schweizer Behörde ohne weiteres und gebührenfrei, wenn ihre Rückreise in den Herkunftstaat oder die Weiterreise in einen dritten der Schweiz angrenzenden Staat gesichert ist. d) Kongreß-Teilnehmer, die Sowjetrussen sind, müssen zur rechtzeitigen Erlangung des Einreisevisums spätestens bis zum 31. Juli 1935 ein Einreisegesuch an den Zionistischen Verband ihres Landes, in welchem sie wohnen, richten. Die zionistischen Landesverbände werden diese Einreise-Gesuche von Sowjetrussen an das Kongreßbüro weiterleiten, das die Einreisebewilligung beschaffen wird.

2. Kongreß-Legitimationen. Kongreß-Legitimationen sind zum Preise von 50 Cts. oder deren Gegenwert bei den zionistischen Zentralstellen des Wohnlandes der Kongreß-Teilnehmer, in außerordentlichen und dringenden Fällen direkt durch das Kongreßbüro zu beziehen. Die Kongreß-Legitimation dient außer für die oben erwähnte Visabesorgung auch für die weiter angeführten Fälle und es liegt daher im Interesse aller Kongreß-Teilnehmer, sich in den Besitz einer solchen Legitimation zu setzen.

3. Ermäßigung der Palästina-Schiffahrt. Die Kongreß-Teilnehmer aus Palästina genießen auf Grund der Legitimationen Ermäßigungen auf den Schiffahrtslinien des Lloyd Triestino, bezw. anderer Schiffahrtslinien, mit denen die Verhandlungen noch im Gange sind. Hierüber enthalten genauere Nachrichten die hebräischen Tagszeitungen. Ueber Anfragen wird das Kongreßbüro gern Auskunft erteilen.

4. Hotel-Ermäßigungen. Gegen Vorweisung der Kongreß-Legitimation genießen alle Teilnehmer des Kongresses gewisse Vergünstigungen in den Luzerner Hotels, in bezug auf Zimmerpreis usw.

5. Kurtaxe-Ermäßigung. Inhaber der Kongreß-Legitimation genießen Vergünstigungen betr. die Kurtaxe (die sonst 50 Cts. pro Tag beträgt). Delegierten und Journalisten wird die Kurtaxe gänzlich erlassen; die übrigen zahlen 20 Cts. täglich.

6. Gastkarten. Im vorhinein werden nur Permanenzkarten abgegeben. Die Preise sind wie folgt festgesetzt:

Permanenzkarten:		Eröffnung:	Tageskarten:
Kat. I	Frs. 75.—	Frs. 32.—	Frs. 7.—
Kat. II	Frs. 50.—	Frs. 25.—	Frs. 5.—
Kat. III	Frs. 25.—	Frs. 15.—	Frs. 3.—
Stehplätze		Frs. 3.—	Frs. 1.—

Stehplätze werden nur an der Tageskasse ausgegeben. Bestellungen sind an das Büro des XIX. Zionistenkongresses zu richten. Jeder Besteller wolle anführen, ob und wo er zionistisch organisiert ist und zur Vermeidung von Rückfragen an seine Organisation womöglich eine Bestätigung seiner Organisation beifügen. Zionisten genießen bei der Zuteilung der Plätze einen gewissen Vorzug, falls eine Berücksichtigung aller Besteller von Kongreßkarten nicht möglich sein sollte. Das Kongreßbüro wird nach erfolgter Zuteilung der Karten jedem Besteller, der zugelassen wurde, eine Gastkarten-Anweisung zur Verfügung stellen, gegen deren Vorweisung bei der Kartenkasse im Kongreßbüro, beginnend am 18. August, die Platzkarten ausgegeben werden. Es werden nur solche Karten ausgefolgt, für die der Betrag rechtzeitig in die Hände des Kongreßbüros gelangt ist.

7. Wohnungsamt. Das Kongreßbüro vermittelt kostenlos Logisbestellungen. Es stehen Zimmer in Privatlogis ab Frs. 2.50, in Hotels ab Frs. 4.50 bis Frs. 13.— zur Verfügung. Näheres enthält das „Informationsblatt" des Kongreßbüros (siehe Punkt 13 dieser Nachricht).

8. Reisebüro. Das offizielle Reisebüro des Zionistenkongresses ist der Palestine- und Orient-Lloyd, der über Filialen in allen Ländern verfügt.

9. Kongreß-Postamt. Im Kongreßgebäude wird ein eigenes Postamt errichtet werden. Kongreß-Teilnehmer lassen ihre Post am besten adressieren: „N. N. per XIX. Zionistenkongreß, Luzern".

10. Publikationen des Kongresses. I. Berichte an den XIX. Zionistenkon-: a) Bericht der Zion. Exekutive (hebräisch, englisch oder deutsch), b) Bericht des Keren Havesod (hebräisch, englisch oder deutsch), c) Bericht des Keren Kayemeth Leisrael (hebräisch, englisch oder deutsch); jede Ausgabe 4.50 Schweizer Franken. — II. Offizielle Kongreß-Zeitung: a) hebräische Ausgabe, b) deutsche Ausgabe, erscheint während des Kongresses und der Tagung des Councils der Jewish Agency for Palestine täglich: Abonnements in der Schweiz 3.50 Schw. Frs., in den übrigen Ländern 4.— Schw. Frs. — III. Stenographisches Protokoll des XIX. Zionistenkongresses und der Tagung des Councils des Jewish Agency for Palestine: a) hebräische Ausgabe, b) deutsche Ausgabe; je 9.— Frs. — Generalabonnement für die obigen Publikationen in einer der angeführten Sprachen 15.— Schw. Frs. Bestellungen sind zu richten an das Büro des XIX. Zionisten-Kongresses Luzern, Postfach Bahnhof. Die gewünschten Ausgaben sind genauestens zu bezeichnen.

11. Geldüberweisungen. Geldüberweisungen an das Kongreßbüro können, falls in der zionistischen Presse Ihres Landes nicht besondere Verlautbarungen erschienen sind, vorgenommen werden auf das Postcheckkonto unseres Büros VIII 10928 oder bei der Luzerner Kantonalbank, Luzern, zu Gunsten des Büros des XIX. Zionistenkongresses.

12. Fahrpreis-Ermäßigungen auf der Eisenbahn. Die schweizerischen Transport-Unternehmungen, einschließlich der Postverwaltung für ihre Kraftwagenstrecken, gewähren den im Auslande wohnenden Teilnehmern des Kongresses besondere Ermäßigungen von 30 bis 45 Prozent durch Ausgabe von Fahrscheinen, die nur im ausländisch-schweizerischen Verkehr bei Agenturen der Schweizerischen Bundesbahnen, bei den Reisebureaus im Auslande oder auch bei den Grenzstationen vor dem Eintritt in die Schweiz ausgegeben werden. Diese besondere Fahrvergünstigung wird unter der Bedingung zugestanden, daß sich die Kongreß-Teilnehmer mindestens 6 Tage in der Schweiz aufhalten. Sie wird auch für den Durchgangsverkehr durch die Schweiz, d. h. von Grenzstation zu Grenzstation gewährt, sofern sich der Reisende mindestens 6 Tage in der Schweiz aufhält.

Hierüber informiert jede der angeführten Agenturen.

13. Informationsblatt des Kongreßbüros. Genaue Informationen enthält das Informationsblatt des Kongreßbüros, welches kostenlos gegen Rückporto jeder Kongreß-Teilnehmer anfordern kann.

14. Kongreß-Abzeichen. Das Kongreß-Abzeichen, welches auch als Signet Verwendung findet, wurde von Otte Wallisch, Tel Awiw, entworfen.

LITERATUR

Josef Kastein: Theodor Herzl. Das Erlebnis des jüdischen Menschen. R. Löwit-Verlag 1935. Josef Kastein hat es unternommen, die Legenden unserer großen Männer zu schreiben, wie dies Ernst Bertram im ersten Kapitel seines Nietzsche-Werkes als den einzigen Antrieb und die einzige Rechtfertigung aller neuen Biographik gefordert hat. Seine Geschichte des Judentums stellt nichts weniger als eine sinngebende Mythologie unseres Volkes dar, soweit es fruchtbar wirkte und beispielhaft litt. Seine Deutung Sabbatai Zewis, sein Versuch über Süskint, den Minnesänger, entspringen dem gleichen Gestaltungswillen, der das Leben des schöpferischen Menschen nicht allein aus seinen Bedingungen, sondern vornehmlich nach seiner Wirkung hin erklärt und so das gelebte Leben, als ein Hauptwerk neben die anderen reiht. — Nun erhebt sich aus den wenigen Seiten einer Gedenkrede das Bild Theodor Herzls auf eben diese Art; in großen und kühnen

---

wies auf das Bett, welches bereits lange nicht in Ordnung gebracht schien. Dann holte sie die Flasche hervor und setzte mit einem — Erlaubt, Rebbe — solche auf den Tisch. Der Angesprochene erwiderte nichts, aber seine funkelnden Augen folgten allen ihren Bewegungen. Sie schenkte ein, er trank hastig, auch ein zweites Glas. Dann brachte sie ihre Bitte vor. Er hörte sie an, schritt zum Waschbecken, wo er, indem er die Benediktion murmelte, die Hände wusch. Ueber seinen Wink wickelte die Mutter, bereits von anderen Frauen eingeweiht, das Kind aus seinen Hüllen, denn zum Stellen des Horoskop, das wußte sie, mußte der Rabbi Stirn, Brust, Handflächen und Fußsohlen des Säuglings sehen. Der Rabbi zog einen Stuhl an die Nähe des Bettes und betrachtete lange den kleinen Weltbürger. Mit einer Zartheit, welche man ihm nicht zugetraut hätte, wußte er die kleinen Fäustchen zu entballen, um die Handlinien zu lesen.

— Wie habt ihr ihn genannt, frug er. Simche heißt er, wie mein Großvater hieß und wie auch der Bruder meines Mannes heißt, der ihn gehalten hat.

Simche — Simche — Du hast Freude, Simche, gehabt, als du den Knaben bekamst — Simche hat auch dein Mann gehabt und alle, die ihm nahe stehen, aber ob er Euch Simche machen wird, ob er selbst Simche erleben wird, das bestimmt allein Er, dessen Namen gelobt sei. Ich — zum Unterschied — kann nur lesen und künden, ich kann wünschen und segnen, aber beeinflussen kann ich nichts.

Weißt du was ich sehe — wenig Not und Kummer, aber das kann auch bedeuten, daß er dir bald entrissen wird.

Doch da weiteten sich plötzlich die Augen des Rabbi, wie verzückt starrte er auf das Kind — er hob langsam beide Hände und spreizte die Finger.

Wunderbar — wunderbar — murmelte er. Er fuhr mit den Händen über seine Stirn, als wollte er etwas wegwischen, er rieb die Augen, wie um klarer zu sehen.

Ich sehe Fahnen — ich sehe Waffen, ich höre Trommeln und Trompeten — Ja — so ist es, — kein langes Leben ist ihm beschieden, aber nach seinem Tode wird man ihm fürstliche Ehren erweisen — Wie erschöpft schwieg der Rabbi eine Weile, dann wiederholte er leise:

Fahnen, Trommeln, Fanfaren.

Nach einer kurzen Pause sprach er über den Knaben noch den Segen, der seit Jacobs Zeiten zur ehrwürdigen Tradition geworden.

Dann gab er der Frau einen Wink, sie könne das Kind wieder einhüllen und schien sich nicht mehr um sie zu kümmern. Er griff wieder nach der Flasche und sah es wohl nicht, wie sie verstohlen ein großes Silberstück auf das Bett legte, wo das Kind vorher geruht. Er hörte wohl nicht ihren Dank und leisen Abschiedsgruß, denn er erwiderte solchen nicht.

Sie tastete sich die Stiegen hinunter, sie eilte nach Hause, sie vermochte sich weder zu freuen, darüber, daß ihr Kind zu hohen Ehren kommen sollte, sie konnte nicht darüber klagen, daß sie das Kind bald, wenn auch unbestimmt wann, wieder verlieren solle. Das Grauen über den scheinbar weltentrückten Seher hatte ihr Verständnis für seine Verkündigung getrübt.

Ihrem Mann erzählte sie nichts — das erste Geheimnis in ihrer Ehe wollte sie für sich allein behalten, auch wenn es ihr Herz bedrückte.

Der Knabe wuchs und gedieh, wie eine Blume gedeiht, die in mageren Boden gepflanzt ist. Er war nicht kränklich, aber doch stets schwächlich. Er reifte zum Jüngling, er war längst in die Gemeinschaft der Männer aufgenommen, — da plötzlich — erkrankte er — und trotz eifriger Pflege seitens seiner Mutter starb er nach kurzem Lager.

Groß war die Trauer, denn Kinder, Söhne zumal galten ja als wertvollster Besitz, als göttlicher Segen. Die Trauer frommer Juden aber ist eigener Art — einfachstes Gottvertrauen, ein demütiges Ergeben in den göttlichen Ratschluß hielt sie aufrecht.

Man schritt daran, den Knaben zu begraben. Aber o wehe — die Langegasse und ihre Nebengassen waren unpassierbar, weil sie umgepflastert werden mußten und die anderen Gassen, welche in Betracht kamen, waren gerade überschwemmt.

So mußte denn der Zug von der Gasse zum heiligen Geist auf den Ringplatz einbiegen, um durch die Zeltnergasse und den Pulverturm die Hybernergasse zu gewinnen.

Am Schlickpalais und der Teinkirche vorbei schlich bescheiden der Zug.

Aber drüben unter dem Balkon des Rathauses, auf einem Raum, der schon oft Menschenblut getrunken hatte, war die militärische Hauptwache untergebracht. Je eine alte Kanone flankierte sie und vor dem Ständer mit den Gewehren schritt der Posten auf und ab.

In Prag lag damals vorwiegend ungarisches und italienisches Militär, während die sogenannte Italienische Armee in der Lombardei und Venetien meist böhmische und österreichische Regimenter, auch Kroaten umfaßte, die Kerntruppen des alten Oesterreich.

Ein solches italienisches Regiment, das erst kurze Zeit in Prag lag, hatte heute die Wache bezogen. Als nun der Wachposten, der wohl noch kein jüdisches Begräbnis gesehen hatte, den Leichenzug sah, nahm er sofort die vorgeschriebene Haltung an und rief sein: „Gewehr 'errauuus!"

Die Mannschaft stürzte aus dem Wachtlokal und ergriff die Waffen. Der junge Leutnant zog den Säbel. Das Dienstreglement kennt keine religiösen Unterschiede — und gab das Kommando: „Präsentiert!"

Damit war auch das Stichwort für die Spielleute gegeben: Die Trommel rasselte, der Hornist stieß in sein Horn, der Generalmarsch ertönte.

Die Fahne senkte sich vor dem Leichenzug.

Trommel, Fahnen, Trompeten.

Und so erwies man einem Judenknaben nach seinem Tode hohe Ehren.

Reb Pinches war ihm aber im Tode bereits vorangegangen.

Zügen der Lebzeit und den Folgetagen von seinem Wirken eingeschlungen, zeigt diese Denkmalsskizze Erkenntnisse auf, die obwohl Schlagwörter, schlagend überzeugen. Einsichten, wie die von der Unfähigkeit des modernen Juden zur Dramaturgie, da er selbst das Drama lebe, statt es zu schaffen, reichen weit in die Geistesgeschichte der Moderne überhaupt. Nicht anders läßt sich Kasteins Eingebung von der jüdischen Neigung zur Utopie, die unsere Dichtung auf weite Strecken hin zur Vision aufhebe, auf die fortschrittlichen kunstgestaltenden Kräfte dieser Zeit im allgemeinen anwenden. So gewährt dies Heft die Erfahrung, daß unsere Tage, die den Juden sein eigenes Schicksal zu erleben gezwungen haben, unter ähnlichen Gesetzen sich bewegen, wie die, denen unser Sein unterliegt. Seltenwo in Kasteins Werk, ist die Messiasträchtigkeit der Gegenwart, so deutlich spürbar wie hier, im engen Bereich einer gelegentlichen Rede. Kastein hat sich mit ihr, ohne es auszusprechen, zu einem Herzl-Buch verpflichtet, die Zeit drängt, wir haben es mit Ungeduld zu erwarten. h. p.

Die erste Sammlung hebräischer Volkslieder aus Palästina. Die erste Sammlung hebräischer Volkslieder, die im Auftrage des „Makabi" und des „Hechaluz" von Dr. Jakob Schönberg zusammengestellt wurde, erscheint Anfang August im Jüdischen Verlag, Berlin W 50. Das Liederbuch enthält über 230 ausschließlich hebräische Lieder und hat einen Umfang von 208 Seiten. Außer den punktierten Texten zu den in Notenstich wiedergegebenen Liedern bringt das Liederbuch auch ein umfangreiches hebräisch-deutsches Vokabular zu den einzelnen Stücken. Das neue Liederbuch ist dami. gleichzeitig ein hervorragender Behelf zur Erlernung der hebräischen Sprache geworden. Das Buch wird in sehr hoher Auflage gedruckt und kann infolgedessen auch zu einem ungewöhnlich niedrigen Preis abgegeben werden. Die allgemeine Ausgabe des Liederbuches unter dem Titel „Schirej Erez Israel" kostet kartoniert M 2.—, in farbigem Pappband M 2.45: daneben erscheint für die Mitglieder der Makabiverbände eine Lieferungs-Ausgabe unter dem Titel „Neues Makabi-Liederbuch". Dieses ist auch direkt vom Deutschen Kreis im Makabi-Weltverband E. V., Berlin W 15, Meinekestraße 10, zu beziehen. Eine weitere Sonderausgabe wurde für die Mitglieder des „Hechaluz" ebenfalls Berlin W 15, Meinekestraße 10, hergestellt. Mit der Ausgabe dieses ersten hebräischen Volksliederbuches ist einem immer wieder, besonders von der Jugend geäußerten dringenden Wunsch entsprochen worden. Es enthält neben vielen bekannten Liedern, die bereits in Palästina und unter den Juden der Diaspora ständig gesungen werden, zahlreiche neue Lieder, Niggunim und Horra-Tänze, die in sieben Abteilungen zusammengefaßt sind, nämlich: 1. Hymnen; 2. Lieder der Arbeit und des Aufbaues; 3. Lieder der Landschaft; 4. festliche und freudige Lieder; 5. ernste und lyrische Lieder; 6. Kinder- und Wiegenlieder; 7. Niggunim, Horras.

PRAG

Die Kongreßwahlen in Prag. Am 22. und 23. d. M. fanden in Prag die Wahlen zum Zionistenkongreß statt, an der 687 Wähler teilnahmen gegen 529 beim letzten Kongreß, bei dem noch 98 revisionistische Stimmen gezählt wurden. Es erhielten: Arbeitendes Palästina 300 Stimmen, 47% (199, 38%), Allgemeine Zionisten 279 Stimmen, 43% (181, 34%), Misrachi 46 Stimmen, 7% (23, 4%), Judenstaatspartei und Dr. Margulies 16 Stimmen, 3% (28, 5%). Arbeitendes Erez Israel und Allgemeine Zionisten haben demnach einen Zuwachs von je 9%, Misrachi eine Zunahme von 3%, Judenstaatspartei und Dr. Margulies eine Abnahme von 2%. An den Wahlen nahmen auch 46 fremde Wähler teil, deren Stimmen der Hauptwahlkommission in Mähr.-Ostrau eingesendet wurden.

Bialik-Feier im Prager Radio. Vom Prager Rundfunk wird am 31. d. M. um 16 Uhr ein Vortrag der Frau Dr. Eva Schapiro über Ch. N. Bialik gesendet: M. Bronzaft wird aus Werken des Dichters vortragen.

Die Ferienkolonie der Jüd. Schule in Černovice bei Tábor wird um weitere 14 Tage bis Mitte August verlängert. Jüdische Eltern, die noch auf 2 bis 3 Wochen ihr Kind dorthin geben wollen, erhalten bei Herrn Ludwig Fischer, Praha II., Soukenická 14, Telephon 38846, alle gewünschten Informationen. Die Tatsache der Verlängerung allein spricht schon dafür, daß die Kinder dort erstklassig versorgt und zufrieden sind.

Klub jüdischer Kaufleute in Prag. Zusammenkunft der Mitglieder jeden Donnerstag, 8 Uhr abends im Café Urban. e

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Vermählungen. Liese Klein, Postelberg, und Heinrich Eichenbaum, Gablonz a. N., zeigen an, daß ihre Trauung am 30. Juli 1935 im Tempel zu Postelberg stattfindet. e.

Dr. Devorah Kahane, Dr. Elieser Schächter, Vermählte. Tel Aviv, Kirjath Sefer 7. Statt Karten. e.

BRÜNN

Wahlen zum 19. Zionistenkongreß in Brünn. Am 21. und 22. Juli fanden in zwei Wahllokalen die Kongreßwahlen in Brünn statt. 731 Schekelzahler erschienen bei der Urne, darunter waren 724 gültige Stimmen. (Beim letzten Kongreß war die Wahlbeteiligung 649.) Die stärkste Gruppierung sind nach dem Ergeb-

Mein innigstgeliebter Mann, unser teurer Vater, Großvater und Bruder, Herr

Ignaz Kohn

ist Dienstag, den 23. Juli im 72. Lebensjahre sanft entschlafen. Wir bestatteten unseren teuren Toten Donnerstag, den 25. Juli am israelitischen Friedhofe in Teplitz-Schönau.

TEPLITZ-SCHÖNAU, 26. Juli 1935.

Ida und **Adolf Herrmann,** Falkenau,
Max und **Else Kohn,** Teplitz,
Studienrat Prof. **Otto** u. **Anna Simon,** Wien,
Dr. **Max Schornstein,** Tel Aviv,
Geschwister.

Selma Kohn, geb. **Simon,**
Gattin.

Elsbeth und **Franz Brada,**
Emma und **Alfred Fried,**
Lotte und **Fritz Strasser,**
Kinder.

Ernst Brada im Namen sämtlicher Enkel.



nis auch dieser Wahlen in Brünn die Allgemeinen Zionisten, die 299 Stimmen (gegen 260 beim 18. Kongreß und 215 beim 17. Kongreß) auf ihre Liste vereinigen konnten. Die Allgemeinen Zionisten haben somit 41.3% aller abgegebenen Stimmen erzielt. (Beim 18. Kongreß 40%, beim 17. Kongreß 29%.) Als zweitstärkste Partei ging aus dem Wahlkampf, der von allen Gruppen in würdiger Form geführt wurde, das „Arbeitende Erez Israel" mit 218 Stimmen (222 beim 18. Kongreß, 317 beim 17. Kongreß) hervor. Für diese Liste wurden 30.2% (18. Kongreß: 34%, 17. Kongreß: 43%) abgegeben. Mit 141 Stimmen folgt die Liste Dr. Emil Margulies (beim 18. Kongreß: 108, Judenstaatspartei: 16, Revisionisten: 18), die 19.4% aller Stimmen repräsentieren. Beim 18. Kongreß erzielte die Liste Dr. Margulies 17%, die Judenstaatspartei 2.5% und die Revisionisten gleichfalls 2.5%. Schließlich weist der Misrachi 66 Stimmen (25 beim 18. Kongreß, 58 beim 17. Kongreß) oder 9.1% (18. Kongreß: 4%, 17. Kongreß: 8%) auf. Bei den Listen: Judenstaatspartei und Misrachi fällt sicherlich der Umstand ins Gewicht, daß im letzten Jahre Hachscharahgruppen in Brünn errichtet wurden, die verhältnismäßig numerisch stark sind. — Das Interesse für die Kongreßwahlen wurde durch Versammlungen, Flugblätter, Broschüren und durch persönliche Propaganda geweckt. Die Wahlhandlung selbst verlief in größter Ruhe und Ordnung. Die Ortswahlkommission, in der alle Gruppen vertreten waren, faßte alle Beschlüsse einstimmig. RT.

Herzl-Feier. Am 19. ds. fand im Glacis-Tempel eine würdige Gedenkfeier unter recht guter Beteiligung statt. Die Gedenkrede hielt Rabb. Ass. Moses Glaser, der in würdiger Form auf die Persönlichkeit Herzls und Bialiks hinwies. Die kantoralen Funktionen versah Oberkantor Leo Ast. Die Hatikwah beschloß diese traditionelle Feier. RT.

GEMEINDEN

Bardejov. Am Samstag, den 20. Juli l. J. fand hier im städtischen Turnsaale eine Herzl-Bialik-Trauerfeier statt, veranstaltet durch die örtliche KKL.-Kommission. Wir hatten das Vergnügen, nach einer hebräischen Begrüßung seitens des Ch. Samo Friedmann und slowakischen Ansprache des Makabiturnwartes Doktor Gejza Kellermann den hier beliebten Gast, Herrn Doktor Oskar Neumann in einer langen, ausführlichen Rede über Herzl und Bialik zu hören. Seine schönen Worte wurden von dem zahlreichen Publikum mit großem Beifall aufgenommen. Nach dem Vortrage wurde der gut gelungene KKL.-Schmalfilm: „Tel Awiw und die Orangenküste" vorgeführt, wobei das Publikum Gelegenheit hatte, einen kleinen Teil des schönen Werkes und besonders der Keren-Kajemeth-Leistungen kennen zu lernen. Der Redner verstand es, in den Erklärungen zum Filme die Wichtigkeit des Keren-Kajemeth zu betonen und zur intensiven Arbeit für die Fonds aufzurufen. Mit dem Absingen der Hatikwah wurde die Feier beendet. Um die günstige Gelegenheit durch den Besuch des Herrn Dr. Neumann auszunützen, wurde am Nachmittag eine Jugendversammlung unter Beteiligung aller Jugendbünde abgehalten. Unser Gast gab den Anwesenden Aufklärung über die Wichtigkeit der Jugendarbeit für den KKL. und auf Anregung des Gastes wurde einstimmig der Gdud KKL. gegründet, an welchen sich die Gruppen: Tnuat Thora w'avoda, Makabi Hazair, Hechaluz und Haschomer-Hazair angeschlossen haben. Es wurde gleichzeitig ein Vorbereitungskomitee, bestehend aus je einem Chaver der erwähnten Gruppen gewählt, die nach der Versammlung ihre erste Sichah in Anwesenheit des Gastes abhielten und die nächste Arbeitsmöglichkeit besprachen. Es ist zu hoffen, daß die KKL.-Arbeit in Bardejov, besonders aber durch die Gründung des Gdud KKL. — bedeutend intensiviert werden wird und die an uns gestellten Hoffnungen in Erfüllung gehen werden.

Chust. Die letzten Wochen stand das zionistische Leben unserer Stadt unter dem Eindruck der Wahlen zum XIX. Zionistenkongreß. Den Auftakt zum Wahlkampf bildete der Vortrag Dr. Hans Lichtwitz über das Thema: „Herzl in unserer Zeit." Die Ausführungen des Redners brachten in vielen Punkten Klarheit und der nachhaltende Erfolg war der, daß in den zionistischen Kreisen der Stadt die Diskussion in richtige Bahnen geleitet wurde. Dies ist hier von umso größerer Bedeutung, da von bestimmter Seite ein gewissenloser, lügenhafter Kampfp gegen die Zionistische Organisation und ihre Institutionen geführt wird. — Am 10. Juli sprachen hier in einer Volksversammlung vor einen ungewöhnlich großen Publikum Jehuda Tubin und Jizchak Ronkin zum Thema „XIX. Zionistenkongreß". Ihre Ausführungen fanden großen Anklang und brachten dem arbeitenden Palästina neue Sympathien. Als Abschluß des Wahlkampfes veranstaltete noch die „Liga für das arbeitende Erez-Israel" in Chust eine Volksversammlung, in der M. Grabowsky (Petach-Tikwah) sprach und die die ganze Stadt aufrüttelte. Seine Ausführungen fanden beim Publikum begeisterte Aufnahme und der Andrang zur Versammlung war so groß, daß der Saal behördlich gesperrt werden mußte. Von großer Bedeutung waren auch die internen Besprechungen mit Ch. Grabowsky, die neue, bisher unbekannte Tatsachen über den Aufbau und die tagtäglichen Fragen Erez-Israels brachten. Die Bedeutung dieser drei Veranstaltungen der Liga f. d. arb. Palästina können für das zionistische Leben in Chust nicht genug hoch eingeschätzt werden. Wir stehen vor einer neuen Epoche des Zionismus in PKR. Die neuen Massen, die jetzt zum Zionismus kommen, müssen richtig erfaßt werden, damit sie sich in die Zionistische Organisation und den produktiven Aufbau Erez-Israels einfügen und nicht einer rücksichtslosen Demagogie verfallen.

Jasina. Am 16. d. M. sprach im großen Saale des Hotel „Krone" in einer sehr stark besuchten Versammlung Jehuda Tubin (Bet Sera) und Jakob Berger über „Der richtige Weg im Zionismus". Die Ausführungen beider Redner wurden mit viel Beifall aufgenommen. — Am 20. d. M. veranstaltete die Wizo einen Vortrag des Herrn Leo Dicker. In der Debatte sprach David Meller (Mor. Ostrava) und JUC. Pinkas Bresler. — Am 21. d. M. veranstaltete die „Liga für das arbeitende Erez-Israel" eine Herzl- und Bialik-Trauerfeier im großen Saale des Hotel „Krone". Es sprachen vor einer mehrhundertköpfigen Zuhörerschaft D. Meller und Isaak Lehrer. Mit einem Schlußwort beendete Pinkas Bresler die Trauerfeier.

Karlsbad. Wizomitglieder treffen sich jeden Mittwoch um 4 Uhr im Café „Freundschaftssaal". Es werden auch auswärtige Mitglieder und Freunde gebeten, sich zahlreich einzufinden.

Marienbad. Die zionistische Ortsgruppe veranstaltet am Montag, den 29. Juli d. J., 8½ Uhr abends im großen Saal des Hotel „Walhalla" eine Herzl-Feier. Die Gedenkrede hält Herr J. Edelstein, Leiter des Palästinaamtes in Prag.

Marienbad. WIZO-Freundinnen treffen sich jeden Donnerstag, nachmittags halb 4 Uhr im Café „Schloß Miramonti".

Mukačevo. Am 13. Juli sprach im Rahmen des „Haowed" Jehuda Roth. Er gab ein anschauliches Bild der „alten" Kolonie an Hand des Beispiels Rischon Lezion. Er skizzierte das äußere und innere Leben der Kolonie und befaßte sich besonders mit dem aktuellen Problem der jüdischen Arbeit.

Teplitz-Schönau. Am 23. d. M. verschied hier nach langem, schwerem Leiden Herr Ignaz Kohn, ein Mann, der durch seine vornehme Gesinnung, seinen sprichwörtlichen Wohltätigkeitssinn und sein von jüdischem Geiste erfülltes Leben zu den angesehensten Männern unserer Gemeinde gehörte. Der Verblichene, welcher aus Falkenau stammte, ist vor einigen Jahrzehnten nach Teplitz-Schönau übersiedelt und schuf mit seiner Spielwarenerzeugung ein Unternehmen, dessen Ruf nicht nur in Europa, sondern auch in fernen Ländern als eines der ersten seiner Branche bekannt wurde. Sein kluger Geist und seine unermüdliche Arbeitskraft stand aber auch jederzeit zur Verfügung, wenn es auf irgend einem jüdischen Gebiete Gutes zu leisten galt. In der Loge „Freundschaft" I.O.B.B und in anderen jüdischen Vereinen war er vielfach tätig, seine ganze jüdische Einstellung brachte es auch mit Selbstverständlichkeit mit sich, daß er der zionistischen Bewegung in Gesinnung und Tat immer fördernd zur Zeite stand. Der Hingang des so ausgezeichneten Mannes wird hier in allen Kreisen auf das tiefste betrauert.

Teplitz-Schönau. Die Wahlen zum Zionistenkongreß fanden unter allerstärkster Beteiligung am 23. d. M. statt. Insgesamt beteiligten sich 490 Wähler gegen 276 zum letzten Kongreß. Es erhielten: Arbeitendes Erez Israel 216 Stimmen, 44 Prozent (145, 52 Prozent), Allgemeine Zionisten 162 Stimmen, 33 Prozent (47, 17 Prozent), Judenstaatspartei und politische Zionisten 107 Stimmen, 22 Prozent (82, 30 Prozent), Misrachi 5 Stimmen, 1 Prozent (1, ½ Prozent).

Trenč. Teplice. Wizo-Schwestern und Zionisten, die das Bad Trenčianske Teplice (Slowakei) besuchen wollen, wenden sich in allen Fragen an Frau Esther Fischer, Präsidentin der Wizo in Trenč. Teplice, die in allen die Kur betreffenden Fragen bereitwilligst und kostenlos zur Verfügung steht.

Geschäftsnachrichten

Reisebegünstigungen für die Prager Messe. Die Besucher der diesjährigen Prager Herbstmesse genießen wieder in den meisten europäischen Staaten sowohl auf Bahn- als auch auf Flug- und Schiffahrtslinien bedeutende Fahrpreisermäßigungen. Die tschechoslowakischen Staatsbahnen geben inländischen Messebesuchern Ermäßigungen um ein Drittel, ausländischen sogar um die Hälfte des normalen Tarifes. Die ausländischen Bahnen gewähren folgende Nachlässe: Belgien, Deutschland, Holland, Oesterreich, die Schweiz und die Türkei 25 Prozent für die Hin- und Rückfahrt, Bulgarien, Estland, Jugoslawien, Litauen, Rumänien 50 Prozent bei der Rückfahrt, England 33 Prozent, Italien 30 Prozent, Griechenland 50 Prozent für die Hin- und Rückfahrt. In Frankreich, Lettland und Polen gelten teils verbilligte Rückfahrkarten, teils Gruppennachlässe, Ungarn gewährt Klasse für Klasse. Die Ermäßigungen der See- und Flußschiffahrtsgesellschaften bewegen sich zwischen 25 bis 50 Prozent, die der Fluglinien zwischen 10 und 40 Prozent. Da die Abhaltungsdauer der diesjährigen Herbstmesse verlängert wurde, bleiben auch die Ermäßigungen diesmal länger in Gültigkeit. Alle Auskünfte über den Besuch der Messe erteilt das Messeamt, Prag VII.

Mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit macht sich auch der lästige Fußschweiß in erhöhtem Maße bemerkbar. Durch Einpudern mit Vasenol-Fußbuder verschwindet der unangenehme Geruch und die Füße werden erfrischt. e

Scharfer Blick und kühner Geist sehen günstige Gelegenheiten auch da, wo andere Niederlagen zu erblicken pflegen. Schnelles Zugreifen, Fleiß und Ausdauer wissen den Erfolg an sich zu reißen, wo Gleichgültigkeit versagen muß. Daher die Ungleichheit in der Welt. Aber die Natur hilft auch dem Schwachen. Ihm sind meist der körperlichen Kräfte mehr verliehen. Dadurch wird der Ausgleich hergestellt. Wie mancher Reiche, der krank und siech, sehnt einen Tausch herbei. Ihm hilft die Natur. Biomalz mit Lecithin ersetzt die verlorenen oder nicht vorhandenen Kräfte. Biomalz mit Lecithin verleiht dem Körper neues Leben und stählt ihn wieder für den Lebenskampf. Biomalz schafft neue Kraft und neuen Lebensmut. Biomalz das herrliche Naturprodukt erweckt zu neuem Leben. e

Schnupfen im Sommer wirkt lächerlich! und überdies ist es unangenehm! Dabei ist es aber sehr leicht, sich im Sommer zu verkühlen: man ist unvorsichtig, trinkt etwas Kaltes — und schon ist das Malheur fertig! Allerdings: wenn Sie Ihren Körper durch regelmäßige Einreibungen mit dem ALPA-Franzbranntwein abhärten, sind Sie dieser Gefahr weniger leicht ausgesetzt; und dabei sind „Alpa"-Einreibungen ungemein erfrischend, abkühlend . . . Das sagt auch der Arzt!

Für Lieferung in allen Sorten Packpapieren, Papiersäcken, Kuverten und Fensterkuverten sowie allen Papierwaren kann die altbekannte, leistungsfähige Firma Carl Mischka, Papier- und Kartonagenwarenfabrik, Arnau a. E., bestens empfohlen werden.

Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Lichtwitz. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.
Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135.080/VII—1926 bewilligt.